

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57, Bülowstr. 21
Fernsprecher: Amt 9, Nr. 6488
Redakteur: Heinrich Bürger

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint alle 14 Tage Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
2 Mk. Postzeitungsliste Nr. 3164

Redaktionschluss: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Die Gewerkschaft erscheint in einer Auflage von 16000 Exemplaren.

Inhalt.

Die Wahlen zu den Stadtparlamenten und die städtischen Arbeiter. — Der Bericht der Dresdener Städteausstellung. — Um die Koalitionsfreiheit (der Berliner Gasdeputation gewidmet). — Ueber die Psychologie des Arbeiterlebens. — An unsere Breslauer Kollegen. — Aus unserer Bewegung. — Abrechnungen der Verbandskasse. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Verbandsteil. — Anzeigen.

Die Wahlen zu den Stadtparlamenten und die städtischen Arbeiter.

In den letzten Jahren haben die organisierten Gemeindegewerkschaften Deutschlands immer mehr eingesehen, daß es falsch ist, sich vom öffentlichen Leben fern zu halten, und es ist eine der hervorragendsten Aufgaben unserer Organisation, die gerade in den Kreisen der städtischen Arbeiter und Unterangestellten grassierende kommunalpolitische Verblöding energisch zu bekämpfen. Der politische Stumpfhirn zeigt sich bei Stadtverordnetenwahlen in höchster Potenz. Man fragt seinen Kollegen: Höre mal alter Freund, hast Du schon die ausgelegten Wählerlisten durchgesehen, ob Du da rein siehst? Ein ängstlich blöder Seitenblick. Schweigen. Na, wie ist's, ich will wissen, ob Du Dich schon um Deine Bürgerpflichten gekümmert hast?!

Ne, das darf ich nicht, das tu' ich nicht, dann fliege ich raus, wenn ich dahin gehe und wähle.

Diese Musterexemplare von Gemeindebürgern, wer hätte sie nicht schon unter seinen Arbeitskollegen gefunden? Wehe dem Gemeinwesen, wo solche politische Kollusen sich in großer Zahl ansammeln!

Unser Verband fordert: Staats- und Gemeindebetriebe sollen Mutterbetriebe sein. Mit der Aufstellung von Forderungen allein ist es bekanntlich nicht getan, sondern man muß sich auch selbst ernsthaft darum bemühen, Forderungen zu realisieren. Bei unserer verflochtenen Faktisdiskussion haben wir mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß Gemeinden viel eher imstande sind, eine soziale Politik in ihren Betrieben durchzuführen als Privatunternehmer. Auf diesen Punkt richtet sich die vornehmste Tätigkeit unseres Verbandes und die erzielten Erfolge beweisen, daß dies richtig war.

Daraus ergibt sich aber zur Evidenz, daß jeder einzelne städtische Arbeiter sein redlich Teil zur Erringung besserer Zustände mit beitragen muß.

Die Gemeindegewerkschaften in ihrer Gesamtheit sind nun ganz vorzüglich in der Lage, in diesem Sinne zu wirken und ein gutes Beispiel zu geben. Wiederholt weisen wir schon

darauf hin, daß unsere Organisation besonders bei Stadtverordneten- oder Gemeinderatswahlen verpflichtet ist, energisch einzugreifen. Vor allen Dingen hat der städtische Arbeiter dahin zu streben, den Lohn zu erlangen, der ihm infolge des meistens herrschenden Zensus zu einem Gemeindebürger macht. Sodann muß er alle Formalitäten erfüllen (wo dies erforderlich ist), um als wahlberechtigter Gemeindebürger zu gelten. Er muß sich davon überzeugen, daß er in der Wählerliste steht, wenn nicht, sofort reklamieren. Er muß eifrig die Wählerversammlungen besuchen und darauf achten, daß seine Kollegen dies ebenfalls tun. In böser Verblendung haben manche städtische Kollegen das Wahlrecht verschlechtern. Viel machte 1895 den unübellichen Anfang und erhöhte den Zensus von 600 auf 1200 Mk., andere Städte folgten, zuletzt noch Königsberg i. Pr. Wer also nicht 1200 Mk. verdient, soll nicht wahlberechtigt sein. Eine Stadt, die sich nicht untertänig blamieren will, muß doch mindestens solche Löhne zahlen, daß ihre eigenen Arbeiter und Unterangestellten das Wahlrecht ausüben können.

Und aufpassen muß der städtische Arbeiter! Wir erinnern uns, daß man Hamburgische Staatsarbeiter das Einkommen von 1200 Mk. mit aller Gewalt nicht versteuern lassen wollte. Selbst wenn sie dieses Einkommen nachwiesen, so rechnete die Steuerbehörde in menschenfreundlicher Absicht die stranken und Invalidenversicherung aus und zog sie vom steuerpflichtigen Einkommen ab. Ebenso machte sich in vielen anderen Gemeinden plötzlich eine weitgehende „Loyalität“ bei den Steuereinsparungen bemerkbar. Man schützte Arbeiter systematisch unter dem Zensus ein. Kurzsichtige Leute mögen sich wohl darüber gefreut haben, daß sie einige Groschen auf diese angenehme Art sparten. Der denkende Arbeiter jedoch merkte, daß sein Wahlrecht bei dieser Gelegenheit in die Brüche gehen würde und protestierte dagegen.

Dann muß der städtische Arbeiter sich mehr daran gewöhnen, sich die Leute, die seine Stimme haben wollen, näher anzusehen. Wir würden es nicht nur allein für eine große Schatzkammer, sondern auch für eine grobe Pflichtverletzung halten, wenn unsere Kollegen, wo sie organisiert sind, den Mandatanten nicht die Gewissensfragen vorlegen, wie sie sich zu unseren Forderungen (Verbandsprogramm) stellen. Unorganisierte Arbeiter können natürlich nicht derart auftreten, deshalb müssen sie sich organisieren. Für unsere Kollegen darf bei Stadtverordnetenwahlen nur ernsthaft der Kandidat in Frage kommen, welcher rückhaltlos sich auf unser Programm verpflichtet und dessen Vergangenheit die Gewähr dafür bietet, daß er sein Wort einlöst.

Allerdings kommt da zunächst der Kandidat der Sozialdemokratie in Betracht. Je stärker die sozialdemokratische Vertretung im Stadtparlament ist, desto größer ist die Aus-

sicht auf eine soziale Arbeiterpolitik. Wir wollen die Sache aber nicht nur vom Standpunkte des städtischen Arbeiters, sondern vom Standpunkte des allgemeinen Interesses betrachten. Solch skandalöse Vorkommnisse wie das Dresdener Monsumvereinsverbot, oder die genossenschaftsfeindlichen Beschlüsse der Stadt Aken a. d. Elbe, oder wie seinerzeit in der Hamburger Waisenpflege, oder wie neulich in Sommerfeld, wo man einer Frau, weil sie Mitglied des Textilarbeiterverbandes ist, die Minder abnehmen wollte, können dort, wo die Sozialdemokratie im Stadtparlament stark vertreten ist, sich nicht so leicht ereignen.

Bei den letzten kürzlich stattgehabten Gemeinderatswahlen in London hatten Sozialisten und Gewerkschaften gemeinschaftlich Kandidaten aufgestellt und davon 88 durchgebracht. In einigen Bezirken sind die organisierten Gemeindegewerkschafter für den Ausfall der Wahlen maßgebend geworden.

Schon im Jahre 1900 schrieb der bekannte Ethiker Dr. Förster in der „Sozialen Praxis“:

„Der Arbeiter in America (ein Londoner Stadtbezirk) bis hinab zum Straßenfeger hat heute einen aristokratischen Lohn. Die Arbeiterchaft hat einen entscheidenden Einfluß auf die Stadtverwaltung und damit indirekt auf die soziale Haltung der Privatunternehmer. Im Hinblick darauf wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß aber der gebildete und hoch gelobte Arbeiterstand in Gewinnsucht und Gleichgültigkeit zu verfallen drohe. Als Beweis dafür werden die folgenden Bemerkungen des englischen Arbeiterssekretärs William Sanders angeführt: „Sie wissen, daß es der Stolz Englands ist, daß in unserer Verwaltung noch nicht jene Korruption der amerikanischen Vorkämpfer eingedrungen ist, wie sie zum Beispiel in dem Demokraten Croker verfloren ist, der es ganz naiv als das selbstverständliche Recht der machthabenden Partei bezeichnet, ihren politischen Einfluß zu persönlicher Bereicherung auszunutzen. In meinem Schwedem haben wir jedoch in letzter Zeit, zunächst auf unserer Beobachtungsstelle in America, sehen müssen, wie in der entwickelnden Regierungsgewalt der Massen die ersten Anfänge der demokratischen Korruption sichtbar werden: die höchsten Angehörigen suchen ihren Einfluß als Wähler dazu auszunutzen, um für sich aus dem Säckel der Gesamtheit weit höhere Löhne herauszufischen, als man jemals auch von dem anständigen Unternehmer verlangen würde. Die Folge davon wäre, daß sämtliche Steuerzahler des Bezirks mehr belastet würden, um diesen Exzessiven zu bezahlen. Wir einem Wort, man betrachtet die Monnime — als eine Zureue zum Ausgucken.“

Weiter heißt es dann grau in grau:

„Heute ist die Erklärung so deutlich geworden, daß weitere Streife mit damit zu beschäftigen beginnen und die Sache auch hinsichtlich auf einer Konferenz von sozialistischen Politikern und Arbeitervertretern in Glasgow offen um Zrede kam unter dem Titel: „Die Schwierigkeiten einer Arbeiterverwaltung“. Es handelt sich um den Bezirk Wigan, in dem die Majorität den Abschluß eines Minimumlohn von 27 Schilling (= 27 Mk.) in der Woche, direkte Anstellung durch die Stadt und andere Programmunkte der Arbeiterbewegung zugunsten der städtischen Arbeiter imbezogen hat. Statt daß diese Eigenschaften nun die Gemeinbarkeit der städtischen Arbeiter erhöht haben, müßte vielmehr konstatiert werden, daß diese Angehörigen ihre Vertreter im Stadtrat als eine Art von unerschwingenden Minoritäten betrachten, um aus den öffentlichen Kassen eine möglichst große Summe für Sonderzwecke herauszufischen. Im Prinzip liegt da also das gleiche vor, was Tammany in New York so wohl berühmt gemacht hat: die Benutzung öffentlicher Macht zur Plünderung öffentlicher Gelder.“

Das sieht sich ja schrecklich! Wenn das Streben nach anständigem Lohn für ehrliche Arbeit und die Forderung einer größeren Sicherheit der Erntezug und der Anspruch auf den Rechtstundentag schon so gewertet werden, was soll man da erst sagen von der Interessenpolitik der bürgerlichen Majoritäten in den Stadtparlamenten?

Doch es kommt heute nicht darauf an, deutsche oder englische Gemeindegewerkschafter vor dem Vorwurf einer Raubritterpolitik a la Tammany zu schützen. Das ist bei den bei uns üblichen Löhnen, die vielfach weit hinter denen der Privatindustrie zurückstehen, und der durchgängig längeren Arbeitszeit noch nicht nötig. Wir sind da noch weit vom Schutz. Es geht uns, zu zeigen, wie die städtischen Arbeiter zu Einfluß in die Öffentlichkeit kommen können. Und das ist bei der heutigen Sachlage viel notwendiger.

Vor Tammanypolitik schützt uns Arbeiter in Deutschland der immer mehr erstarkende sozialistische Geist.

Wir haben noch alle Hände voll zu tun, um die minimalen Forderungen, die uns das Leben einigermaßen erträglich machen sollen, durchzusetzen. In dieser Hinsicht sind unsere Berichte aus den Stadtparlamenten sehr lehrreich, und wir können unseren Mitgliedern ihr Studium nicht dringend genug empfehlen. Bei den Stadtparlamenten müssen wir den Hebel mit Entschiedenheit ansetzen. Wir müssen dafür sorgen, daß aufrichtige Vertreter der Arbeiterinteressen gewählt werden. Wenn wir die sozialdemokratische Partei also als die eigentliche Vertreterin der Arbeiterinteressen ansehen, so liegt das in der Sache begründet. Die bisherigen verpönten, pseudo liberalen oder antisemitischen bürgerlichen Majoritäten haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn Arbeiter kein Vertrauen mehr zu ihnen haben und nunmehr eigene Vertreter entsenden. Die bürgerlichen Interessenpolitiker verhängen sich aber nicht nur hinter dem hohen Zenit, sondern außerdem auch noch hinter dem Dreifläßerwahllohn. Da muß die Arbeiterchaft eine ebenso langwierige und schwierige Belagerung durchführen, wie die Japaner vor Fort Arthur, und nichts ist den eingeschlossenen Stadtvätern bürgerlicher Richtung unangenehmer, als das Eindringen der Arbeiter in die Stadtparlamente. In Nördorf ist die Sozialdemokratie schon stark in die zweite Klasse vorgedrungen, und in Magdeburg rief vormentbrannt der Stadtverordnete Sanitätsrat Fischer lesthin mit bezug auf einen sozialdemokratischen Stadtverordneten, der den Bürgerlichen ihr Sündenregister vorhielt: „Es ist ein Skandal, daß man nicht die Macht hat, den an die Luft zu setzen.“

Wir verstehen das Schmen dieses Stadtwäters. In den letzten Wochen haben vielerorts Wahlen in den Stadtparlamenten stattgefunden und wir geben unseren Lesern weiter unten einen näheren Heberblick über die Oktober-Novemberkampagne. Allerdings müssen wir gestehen, daß die städtischen Arbeiter, obwohl sie das größte Interesse hieran hätten haben sollen, nur selten in der Vorhut der Kämpfer zu sehen waren. Sie sollten sich ihre englischen Kollegen vorläufig noch zum Muster nehmen. Unsere Organisation kann, das wird wohl jeder Leser nunmehr begriffen haben, zu einem wesentlichen Förderer einer sozialen Arbeiterpolitik der Gemeinden werden. Wir gehen aber noch weiter und erklären, daß unser Verband zu einem starken Träger kommunal oder municipal sozialistischer Bestrebungen sich entwickeln muß. Dazu ist nötig, daß städtische Arbeiter nicht nur alles das tun, was wir bisher sagten, sondern auch sich in noch viel größerer Zahl organisieren als bisher. Das ist die erste Vorbedingung jedes Erfolges auf diesem Gebiete.

Bei der Bedeutung, welche sozialdemokratische Mandate für uns haben, lassen wir nunmehr die Resultate der in Betracht kommenden Wahlen folgen, unter Angabe der Zahl der gewählten Sozialdemokraten:

Berlin im 22. Bezirk 1. Ausschussvolle Stichtwahl im 30. Bezirk. — Altona 5. — Darmstadt (weil schwache Organisation) nur 7. — Nördorf 7. — Ronneburg i. Th. Sozialdemokratische Liste mit dreifacher Majorität gewählt. — Kiel 1 (was hier immerhin einen großen Erfolg bedeutet). — Leipzig 3 (von 72 Eigen hat die Sozialdemokratie 19 inne). — Düsseldorf Sozialdemokratie 256, Zentrum 715, liberale 1669 Stimmen und Christliche Gewerkschafter 121 Stimmen. — Frankfurt a. M. 3 (die Stichtwahlen, die anfangs viel versprochen, brachten infolge des heimlich selbstverständlichen Verrats der Freiwirtschaftsdemokraten nur zwei neue Mandate, vorher war Dr. Enck der einzige sozialdemokratische Vertreter. Für die nächsten zwei Jahre sitzen im Stadtparlament: 3 Sozialdemokraten, 25 Demokraten, 10 Freiwirtschaftliche, 13 Nationalliberale, 7 Handwerker, 3 Ultramontane und 3 Antisemiten. — Offenbach großer Erfolg: Von 36 Eigen sind 25 sozialdemokratisch, also eine sozialdemokratische Majorität. — Heingenheim 5. — Gießen 5. — Jülich 2. — Frankfurt 3. — Grimmitzschau 3. — Dessau 3 (zusammen

Sozialdemokraten im Stadtparlament). — **Wieschen 1** (zusammen 2 im Stadtparlament). — **Kenstadt a. S. 2.** — **Röpenitz 7.** — **Salberstadt 2** (2 in Stadtwahl; dies ist der erste Erfolg). — **Solingen 4** (im ganzen 8 Siege in Händen der Sozialdemokratie). **Stettin 4** (im ganzen 17 Siege in Händen der Sozialdemokratie). — **Magdeburg N. 2** (wiedergewählt). — **Müdinghausen**, sozialdemokratische Majorität. — **Nicktenhain 1** (erste Wahlbeteiligung). — **Limbach i. S.** (Ganze Liste der III. Klasse sozialdemokratisch gewählt). — **Greiz 4.** — **Mainz 6.** (auch bei dem Mainzer Kompromiß scheint von den Bürgerlichen Verrat begangen zu sein.)

In Vorstehendem konnten wir im allgemeinen das stetige und sichere Vordringen der organisierten Arbeiterschaft und damit die Fortentwicklung der Grundlagen für eine bessere Sozialpolitik in den Gemeindeverwaltungen erkennen. Nun wollen wir auch noch der verschiedentlichen Mißerfolge auf diesem Gebiete gedenken.

In Wera ging der Sozialdemokratie ein Mandat verloren. Der Verlust ist umso mehr zu beklagen, als es nur auf wenige Stimmen ankam, um den Sieg davon zu tragen. Die alte Leier: Laissez-faire, Interessellosigkeit, Stumpfheit, politische Verwahrlosung vieler Arbeiter. — In Alzen wurde mit dem Freisinn Richterischer Observanz ein Kompromiß abgeschlossen. Der Freisinn übte aber schwachen Verrat und so erlitten die Arbeiter einen schweren Meinsfall. — In Kaiserslautern verlor die Sozialdemokratie alle vier Sitze durch den farnellierten Müchmaich. — Auch in Erfurt sind Verluste zu beklagen und zwar infolge bodenloser Gleichgültigkeit und Schläfrigkeit vieler Arbeiter.

In Thorn beteiligte die Sozialdemokratie sich zum ersten Male an den Wahlen und erzielte 37 Stimmen gegen 600 bürgerliche. — Auch in Mottbus fand die erste sozialdemokratische Wahlbeteiligung statt, und es fehlte nur an 1 Stimme, um den Arbeitervertreter durchzubringen. Nun ist eine Stichwahl erforderlich. Auch dieser Vorgang gibt zu denken, und mancher Arbeiter wird sich deshalb Selbstvorwürfe machen dürfen, daß er nicht auf dem Plage war!

In Dresden wurde mit Bravour gekämpft. Der „Vorwärts“ berichtet darüber:

Die Wahl ist unter einer Wahlbeteiligung von circa 70 Proz. vor sich gegangen. Von 31 116 eingeschriebenen Wählern stimmten 21 573. Die Sozialdemokraten haben einen Rekordbruch vorwärts getan, ihre Stimmenzahl liegt gegen das Vorjahr von 6000 auf 10 200. Der konservativ-antidemokratische Müchmaich siegte noch einmal mit 11 500 Stimmen, die Nationalliberalen brachten es auf ganze 2500 Stimmen. Beide bürgerlichen Stimmgruppen zusammen hatten gegen das Vorjahr nur eine Zunahme von 1500 Stimmen. Da aber einfache Majorität über sämtliche Mandate entscheidet, hat die Kommunalreaktion mit nur reichlich 1000 Stimmen nochmals gesiegt.

Die Arbeiterschaft Dresdens kämpft seit einer Reihe von Jahren in energischer und geschickter Weise um die Stadtverordnetenmandate. Der Dresdener Stadtrat hat die Arbeiter von der Überwindung des Bürgerrechtes abgehalten, indem man den gesetzlichen Bestimmungen eine unerhörte rigorose, den Arbeitern nachteilige Auslegung gab. Erst das im Jahre 1900 neu eingerichtete städtische Verwaltungsgericht mußte diesem Treiben durch mehrere Urteile einen Riegel vorsetzen. So ist denn nun in letzter Zeit mit Erlaß einer Anordnung für massenhaftes Erwerben des Bürgerrechtes durchgeföhrt worden. Daher rückte der Zeitpunkt in „schicksalvolle“ Nähe, daß die Mandatentafel der Arbeiterschaft durchdringen kann. Die geringe Abwehr dieser Anordnungen bestand im Plan der Wahlrechtsänderung und Verschlechterung. Hierüber aber vermaßen sich die „Stenographen“ und „Reformer“ mit den Nationalliberalen nicht zu einigen, so daß sich bei der Wahl am Mittwoch die drei Listen gegenüberstanden.

Zahlenmäßig drückt sich das Vordringen der Sozialdemokraten bei den Stadtverordnetenwahlen folgendermaßen aus: 1900: 700, 1901: 1500, 1902: 2500 und 1903: 6000 Stimmen. 1903 in der großen Sitzung mit auf die Einberufung von 11 Vororten mit circa 85 000 Einwohnern, zum großen Teil Arbeiterbevölkerung, zurückzuführen. Um so bedeutsamer erscheint der wichtige Fortschritt bei der diesmaligen Wahl.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß der Plan der Wahlrechtsänderung nun zur Durchführung gebracht werden wird. Einestheils aber wird auch nach Vereinfachung des jetzigen Wahlverfahrens und nach Einführung eines „Versuchs“ Wahlsystems, welches man be-

absichtigt, der Einzug einer Anzahl sozialdemokratischer Vertreter in das reaktionäre Kommuniparlament erfolgen. Andererseits wird die konservativ-antidemokratische Reaktion auch in diesem letzten Vollwerk ihrer Macht von der öffentlichen Meinung endgültig und vollkommen verurteilt; durch brutale Gewalt wird dies konservativ-antidemokratische Stadtparlament nach einer Zeitlang herrschen können, aber der Verachtung aller vernünftigen Menschen ist es sicher! —

Der Bericht der Dresdener Städteausstellung.

Ein Jahr nach Schluß der Ausstellung erscheint der Bericht über ihre Ergebnisse. Eine Reihe von Gelehrten und Stadtbeamten, fast ausnahmslos Dresdens, sind die Verfasser des sehr umfangreichen Werkes, das vieles wertvolle Material, manche bedeutungsvolle Anregung über die städtischen Verhältnisse und ihre Vertriebe bringt, aber wenig im Städte läßt, wenn man über die Lage der von den Städten beschäftigten Arbeiter und Unterbeamten gründliche und amtliche Auskunft sucht. Das Werk besteht aus zwei Bänden, der zweite enthält bloß Abbildungen, der erste, ein Band von fast 900 Seiten, den Text. In gewisser Hinsicht verdient jeder der 25 Artikel des Interesses unserer Leser, im besonderen ist dies der Fall hinsichtlich der Kapitel über die städtischen Vertriebe, die Gaswerke, die städtischen Elektrizitätswerke, die Wasserwerke, die Schlachthöfe und Viehhöfe, den Fischbau, das städtische Feuerlöschwesen. So trefflich oft diese Abhandlungen hinsichtlich der technischen Seite sind, so mangelhaft in bezug auf die menschliche Seite. Viel zu gering erteilt Dr. Wiedfeldt, der Beigeordnete der Stadt Eßen, über die Arbeiterpolitik, wenn er sagt: „daß die Städte aber auch die nebenher überkommenden Aufgaben durchaus erfüllen, wie z. B. die Arbeiterpolitik, die sie als große Arbeitgeber in fortschreitender und vielfach veränderlicher Weise betreibt“. Wie wissen aus unserer Zeitung, wie weit die Wahrheit abweicht von diesem so freundlich klingenden Satze.

Dr. Wiedfeldt bezeichnet es in seinem Kapitel über die städtischen Vertriebe als eine der wichtigsten Erkenntnisse der deutschen Kommunalpolitik im 19. Jahrhundert, daß sie wesentliche Bedürfnisse ihrer Einwohnerchaft, so nach Trinkwasser, nach Licht, nach Verkehrsmitteln, nach Straß abw., durch entsprechende kommunale Vertriebe befriedigt. Zwar hatten einige Städte aus früheren Jahrhunderten bereits diesen oder jenen kommunalen Vertrieb, wie eine Beerdigungsanstalt, ein Schlachthaus, eine Zigarrenfabrik, ein Zirkushaus, eine Leinwand- und ähnliche Vertriebe übernommen. Aber das waren verstreute Anlagen, die man sogar zu beiseite ließe, wie z. B. die Stadt Berlin mit ihrem Schwammgeschäft getan hat. Mit der Modernisierung der Städte entstanden neue Bedürfnisse, denen sich zuerst die Privatindustrie annahm, so wurden die Gasanstalten zum meist von Privatgesellschaften gegründet, und zwar in der Regel von ausländischen, englischen. Jahrzehnte verfloßen, bevor der Staat einmüßig für den Privatbetrieb, der die Köpfe der bürgerlichen Konsumenten im allgemeinen und nicht zuletzt in den städtischen Verwaltungen beherrschte, abstank und die Städte selbst zur Produktion übergingen. Man hielt es in letzter Zeit für einen Widerspruch, daß die Stadt als einziger oder doch wichtigster Konsument gewisser Güter der Privatindustrie hebe Dividendenbezüge verstände, ohne daß denselben irgend ein erhebliches Mißtrauen gegenüberstand. Mit den Wasserwerken begannen die kommunalen Anstalten, hieran schlossen sich Vieh- und Schlachthöfe, die Gaswerke gingen immer mehr in städtischen Betrieb über, das neue Bedürfnis nach Elektrizität wurde schon von der Mehrzahl der Städte selbst gedeckt. Zurzeit sind in den deutschen Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern nur noch 3 Wasserwerke, 13 Gasanstalten, 3 Schlachthöfe und Viehhöfe im Privatbetrieb. Dagegen ist der Privatbetrieb noch vorherrschend bei den Straßenbahnen und auch beim lokalen Annoncenwesen. Weiteres wird freilich in absehbarer Zeit, wenn man von einem Monopol auf die Platzierung absieht, keinen erheblichen Umfang gewinnen. In der Theorie hat die städtische Selbstversorgung durch eigene Vertriebe geföhrt, wohl hat sie noch Gegner, auch einflußreiche, aber sie haben doch an Gewicht ihrer Stimme verloren und vertreten nur noch eine verlorene Position. Im allgemeinen sind die städtischen Anstaltenminder, wenn sie auch bei der Anwesenheit der großen Kosten sehr bedächtig sind, mit den Erträgen der kommunalen Vertriebe wohl einverstanden. Wiedfeldt bezeichnet es als einen Vorteil der städtischen Vertriebe, daß sie erfahrungsgemäß unter Streits weniger zu leiden haben als private Vertriebe. Er schreibt da wörtlich: „Die Wahrscheinlichkeit eines Streits und damit der Einstellung von Arbeiterleistungen, Verkehrsleistungen usw. ist der bisherigen Erfahrung nach für städtische Vertriebe ungleich geringer als für private.“ Dieser Verfasser ist im allgemeinen ein Verehrer der städtischen Verwaltungen, wenn er auch nicht vollkommen unfreudig ihnen gegenüber-

steht, hier und da wird er aber gar zu optimistisch, man möchte fast sagen, schätzelnd, so bei seinem schon erwähnten Urteil über die städtische Arbeiterpolitik.

Wertvoll ist ferner, daß man in dem so umfangreichen Bericht über die Dresdener Städteanstaltung unterlassen hat, diese angeblich so günstigen städtischen Arbeiterverhältnisse ins richtige Licht zu stellen und damit die Möglichkeit zu schaffen, sich über diese großen Verdienste selbst ein Urteil zu bilden. Diese Unterlassung wird viele in der Meinung bewegen, daß die Städte keine so günstigen Arbeiterverhältnisse aufweisen können, daß sie als Ausstellungsobjekt wirklich dienen können. Wir wissen es ja aus unserer Zeitschrift, daß die Arbeiterverhältnisse überall verbesserungsbedürftig sind, ja an vielen Orten noch sehr im argen liegen. Es wäre den Städteverwaltungen sehr vorteilhaft gewesen, wenn sie sich durch eine ausgedehnte und übersichtliche, wie auch rückhaltlose Veröffentlichung über die Arbeiterverhältnisse gegenseitig in die Lage versetzt hätten, ihre Leistungen auf dem Gebiete sozialer Pflichten miteinander zu vergleichen und offen die Mängel ihrer Tätigkeit als Unternehmer den Arbeitern gegenüber aufzudecken. Leider geschah dies nicht; in dem umfangreichen Zerwände von nicht viel weniger wie 1000 Seiten findet man bei aller Mühe kaum einige Zeilen, die sich, und da auch nur ganz nebenbei, auf die Arbeiter beziehen.

In einer Besprechung der Gaswerke wird darauf hingewiesen, daß man sich bei der Förderung von Material durch maschinelle und automatische Einrichtungen so viel wie möglich von der menschlichen Arbeitskraft zu emanzipieren sucht. Dies geschieht auch in anderer Hinsicht im Betriebe der Gaswerke, wo immer mehr die Handarbeit durch maschinelle Einrichtungen ersetzt wird, womit man die Leistungsfähigkeit der Werke erhöhen und die schwere Arbeit bei den Gas-erzeugungsöfen erleichtern will. Der Verfasser dieses Berichtes schreibt: „Es leuchtet ein, daß damit einerseits eine Besserung der gesundheitlichen Verhältnisse der Arbeiter, andererseits eine größere Unabhängigkeit von der Geschicklichkeit und dem guten Willen der selben und somit eine erhöhte Sicherstellung des Betriebes verknüpft ist. Diese Gesichtspunkte, verbunden mit dem Fortschreiten der Naturwissenschaften unter Anwendung auf die Ergebnisse der Praxis, haben ganz unmerkliche Umwandlungen in den Anlagen neuer Gaswerke hervorgerufen und denselben gegenüber den älteren Werken ein ganz anderes Bild verliehen.“ Hier ist einmal ganz offen ausgesprochen, daß die technischen Fortschritte zum Teil veranlaßt sind aus der Angst vor den Arbeitern und aus dem Verstreben, ihren Wünschen auf soziale Verbesserung nicht zu willfahren. Im einzelnen ist in dieser Hinsicht über die Gaswerke zu sagen: Das Wechselspiel der Motoren mit Rollen erfolgte früher und noch jetzt teils mit der menschlichen Hand, teils mit Rollen, ebenso das Herausziehen des Stiefs durch von der Hand geführte Hebeln. Zur Erleichterung des Eintragens der Rollen in die Motoren fanden auch vielfach Hand- und Radmaschinen Anwendung. In England und Amerika sind auf großen Gaswerken häufig Zieh- und Radmaschinen mit Ruckwasser oder Dampftrieben im Gebrauch. Soweit sind wir in Deutschland noch nicht, dagegen wendet man in Deutschland für größere Gaswerke fast durchgängig Rollen mit schrägliegenden Motoren an, weil deren Betrieb sich billiger stellt, besonders seitdem auch die mechanischen Rollen- und Stieförderanlagen mehr ausgebildet worden sind. Die Rollenförderungen moderner Gaswerke für die Rollen sucht man heute ganz automatisch ohne jede Handarbeit einzurichten. Die ankommenden Waggons werden auf Schienengeleisen bis an den Trichter eines Rollenbrenners gefahren und in diesen Trichter durch Abstreifen der Rollen und durch Hüden der Waggons entleert. Von da ab machen die Rollen weiter ihren Weg vollkommen automatisch. Auch der Transport des Stiefs von den Rollen weg geschieht neuerdings auf automatischem Wege durch eine sogenannte Promoverende Stieförderanlage, welche in Aufbühnenhöhe vor den Rollen hinläuft und in welcher sich eine endlose eiserne, durch Transmission getriebene Förderer langsam bewegt, die den Stief fortzieht und ihn gleichzeitig abfährt und auf den Stiefauflagerungen, und dann auf den Stiefverladerlag bene, nach dem Lagerlag fördert. Auf der Ausstellung war eine Reihe neuer Erfindungen zu sehen, die in überraschend besserer Weise menschliche Arbeitskraft überflüssig machen. Es wäre sehr verfehlt, zu meinen, daß selbst in den neuen Gaswerken das alte Wort der Technik hinsichtlich der Erleichterung menschlicher Arbeitskraft schon ausgesprochen ist.

Nicht bloß im Gaswerke ist das Streben sichtbar, die menschliche Arbeitskraft zu ersetzen, wie schon auch, wie man selbst beim Einrichten des Lichtes in den Laternen nach möglicher Vereinfachung immer auf diesem Wege in eben marktes gehen, als Ziel gilt aber, die Fernleitung der Straßenlaternen von einem oder mehreren Zentralpunkten aus zu bewerkstelligen, um das Anzünden schneller und billiger

zu bewirken, doch ist die allgemeine Einführung hierfür an der Unzuverlässigkeit des Verfahrens, und anderer Unzuverlässigkeit der Einrichtung gescheitert. Nur kleinere Verste und bei gleichmäßigen Druckverhältnissen liefern derartige Fernleitungen schon ganz befriedigende Ergebnisse, bei ausgedehnten Netzen mit großen durch Nebenniederdrücken bewirkten Druckschwankungen erweist die Fernleitung verläßlich noch als zu unsicher und zu teuer. Bei dem Gasglühlicht hat man auch den Gasglühbrenner ins Auge gefaßt. Wie weiten auf die verschiedenen Zonen hier nicht eingehen, es genügt, wenn man auf die bevorstehende Entwicklung an dieser Stelle hinweist. Ein weiteres Verstreben, die menschliche Arbeitskraft überflüssig zu machen, findet man in der immer mehr auftauchenden automatischen Gasmessern, die neben ihren sonstigen Vorteilen unweifelhaft geeignet sind, menschliche Arbeitskraft überflüssig zu machen.

Der Oberingenieur C. Köpfer, der über die Gaswerke berichtet, äußert sich über die Organisation des Betriebes, soweit die Einteilung der Arbeit in Petradt kommt, folgendermaßen: „Der Arbeitbetrieb ist ein ununterbrochener, es stehen daher die Betriebsarbeiter in regelmäßigen Schichten von Tag- und Nachtschicht, und zwar folgt die Abführung in der Regel um 6 Uhr morgens und um 6 Uhr abends. Diese Betriebsarbeiter sind beständig beim Betriebe der Rollen, der Dampfmaschinen und der Apparate. Die übrigen bei dem Abladen von Rollen, beim Netzvertrieb und auf dem Hofe beschäftigten Arbeiter, sowie die Handwerker arbeiten nur in der Tageschicht. Jeder Schicht der Handwerker sind ein bzw. mehrere Feuer- oder Feinmeister vorgesetzt, welche die Aufsicht über die Bedienung der Rollen und der zum Netzvertrieb gehörigen Apparate führen. Die Aufsicht über die Hofarbeiten ist einem Aufseher und über den Netzvertrieb einem Metzmeister übertragen. Den Reinigungsarbeitern und Handwerkern ist je ein Vorarbeiter vorgesetzt. Die Betriebsleitung jedes Gaswerkes untersteht einem technisch gebildeten Betriebsbeamten, dem ein oder mehrere technische Assistenten beigegeben sind. Diese Betriebsbeamten haben in der Regel Dienstwohnung im Gaswerke. Die Aufsicht über den Ein- und Auszug von Materialen, die Auslohnung der Arbeiter, der Verkauf der Nebenprodukte liegt bei größeren Gaswerken besonderen Beamten ob. In kleineren Gaswerken ist selbstverständlich der Betrieb einfacher und erfordert weniger Beamte und Arbeiterpersonal. Es genügt hier gewöhnlich ein Betriebsleiter, dem zugleich die für das Straßenrohrn, die Öffentlichte, sowie die Privatbeleuchtung erforderlichen Geschäfte obliegen. Bei größeren Gaswerken erfordert die Arbeit für die Verlegung und Instandhaltung der Straßenabrichtungen, sowie für die Aufstellung und Unterhaltung der Straßenlaternen ein besonders eingetrigtes Personal, welches außer einem technischen Beamten für die Eberaufsicht und die Aufbereitung von Plänen und Höhenanfertiger, technischen Hilfsarbeiten, Werkmeistern und Rohrmeistern besteht; außerdem sind noch Arbeiter für die Unterhaltung der Straßenlaternen sowie der Glühlichtbrenner, Personal für das Abbrechen der Rollen und Erdarbeiten erforderlich. Für die Privatgasabrechnung, für die Beaufsichtigung und Prüfung der Gasanlagen, für das Nachfüllen der Rollen Gasmesser, für das Abmessen der Gasmesserröhre und das Berechnen des Verbrauches ist wieder ein besonderer Personal erforderlich, ebenso für das Anzünden, Auslösen, das Putzen und die Instandhaltung der Straßenlaternen.

Ein besonderes Merkmal ist auch den städtischen Elektrizitätswerken gewidmet. Es ist in noch höherem Maße wie die Abhandlung über die Gaswerke rein technischer Natur, was einerseits charakteristisch ist für die sozialpolitische Gleichgültigkeit der meisten Vorgesetzten, andererseits aber sich auch erklärt aus dem Umstände, daß die Elektrizitätswerke in bedeutend geringerem Maße wie die Gaswerke menschliche Arbeitskraft erfordern. Geht die Entwicklung der Gaswerke auf Ersparnis von menschlicher Arbeitskraft, so ist dieselbe Erscheinung bei den Elektrizitätswerken sehr merklich, wobei noch zu beachten ist, daß hier von Anfang an eine verhältnismäßig geringere Anwendung von menschlicher Arbeitskraft geschwunden war. Der selbsttätige Betrieb stellt beim Elektrizitätswerke eine ganz besonders große Stelle. Soweit Arbeitskräfte überhaupt in Petradt kommen, sind es bei den Gaswerken in verhältnismäßig größerer Zahl unelernte Arbeiter als bei den Elektrizitätswerken. Lediglich die umfangreiche Abhandlung über die Elektrizitätswerke für unsere Zwecke durchaus nicht geeignet.

Nicht viel anderes ist über die städtischen Wasserwerke zu sagen. Immer über Geschichte sei einiges angeführt. Der große Stand von Somburg im Jahre 1813 hatte einen Teil der dort bestehenden sogenannten Promoverwerke zerstört, die durch vor ähnlichen Umständen sich das ralte Entweichen einer „städtischen Wasserleitung“ namentlich für Feuerlöschzwecke wünschten. Die Stadt kaufte daher die Rechte den sechs Privatgesellschaften erteilten Konzessionen zurück und erbaute in Petradt ein Wasserwerk, das im Jahre 1819 verläufig für rehes Elwasser in Betrieb genommen ist. Welche böse

Folgen die ungenügende Wasserversorgung von Hamburg rechtzeitig hat, ist uns allen in Erinnerung, denn die Choleraepidemie vom Jahre 1892 ist noch unvergessen. In Berlin ist die erste zentrale Wasserversorgungsanlage im Jahre 1896 in Betrieb genommen worden. Das, auch auf diesem Gebiet: gewaltige Veränderungen eingetreten sind, zum Teil aus technischen Erwägungen, zum Teil, um den Forderungen der modernen Gesundheitslehre zu genügen, ist bekannt. Leider ist über die Arbeiter, die an den städtischen Wasserwerken tätig sind, aus dem Verichte nichts zu erfahren. So verhältnismäßig viel er dem Lesener bietet, so vollständig ergebnislos ist sein Studium für den Sozialpolitiker. Weder die Reinhaltung des bedeutendsten technischen Betriebes mit möglichster Ersparung von Arbeitskraft läßt sich der Darstellung entnehmen.

Ein weiteres Kapitel ist den **Schlacht- und Viehhöfen** gewidmet. Auch hier hat die moderne Gesundheitslehre und die Kenntnis der Tierkrankheiten, aber auch die Möglichkeit der technischen Verwertung von Abfällen ganz gewaltige Veränderungen hervorgerufen. Vor allem ist es bedeutungsvoll, daß die Zahl der öffentlichen Schlachthöfe gegen früher außerordentlich stark zugenommen hat. Ende 1902 zählte man im Deutschen Reiche 836 öffentliche Schlachthöfe, von denen 71 mit Viehhöfen verbunden waren. Alle Städte mit über 200.000 Einwohnern, fast alle Städte mit 20.000 bis 200.000 Einwohnern, fast $\frac{2}{3}$ der Städte mit 10.000 bis 20.000 Einwohnern und ein relativ geringer Teil der Städte mit unter 10.000 Einwohnern besitzen heute öffentliche Schlachthöfe. Vielfach sind da die modernsten technischen und hygienischen Einrichtungen getroffen, abgesehen von den heimischen Schlachthöfen haben alle besondere Messel- und Maschinenhäuser zur Erzeugung von Dampf, oft auch von Elektrizität für Heiz- und Kraftzwecke, für eigene Anlagen zur Wasserversorgung, oft auch zur Lichtbereitung.

Die Zahl und Beschäftigung der den Schlachthöfenleitern unterstellten Beamten und Angestellten richtet sich nach dem Umfange des Betriebes, da gibt es Hallenmeister oder Schlachthallenaufsicherer zur unmittelbaren Leitung und Aufsichtnahme des Schlachthausbetriebes, Wagemeister, kaufmännisches Personal, Maschinenisten, Heizer, Tagelöhner, Handwerker und dergleichen. Für den Viehhofbetrieb sind Inspektoren, Aufseher, Futtermeister, Wäger, Treiber und zahlreiche Arbeiter nötig. Leider ist auch über die Verhältnisse all dieser Personen in der Abhandlung durchaus nichts zu finden.

Auch das Kapitel über die **Krankenanstalten** ist, so interessant es auch für Ärzte, Hygieniker und Architekten ist, für uns völlig unergiebig. Einzelne Zahlen, die aber freilich für das Jahr 1900 Geltung haben, mögen angeführt sein. Für die acht größten Krankenhäuser ergab sich auf 5-25 Kranke des Durchschnittslandes ein Pflegepersonal von 1005 Personen, also auf 100 Pfleger 577 Kranke. Ein weiteres Kapitel ist dem **Samariter- und Rettungswesen** gewidmet. Im wesentlichen handelt es sich hier um mehr oder minder private Einrichtungen. Der deutsche Samariterbund umfaßte im Sommer 1903 42 staatliche und städtische Verbände, 8 große Feuerwehverbände, 17 Berufsvereinigungen, 74 Samariter- und Rettungsvereinigungen, 8 Kreisvereine und 16 Einzelpersonen. Von den Städten über 10.000 Einwohner verfügten im Jahre 1901 $\frac{3}{4}$ der Städte unter 10.000 Einwohnern fast $\frac{1}{2}$ über Rettungseinrichtungen. Seitdem hat sich ihre Zahl erheblich vermehrt. Im allgemeinen muß aber gesagt werden, daß es hier noch vieles zu bessern und noch mehr zum Ausgestalteten gibt. Die Verhältnisse der mit dem Säueren und verantwortungsvollen Dienste vertrauten Personen sind in vieler Hinsicht verbesserungsbedürftig. Bedauerlich ist, daß gerade diese Leute der Verhältnisse in dem Verichte über die Städteausstellung völlig unberücksichtigt geblieben sind. In dem gleichen Ergebnisse kommt man nach dem Studium des Kapitels über das städtische **Feuerlöschwesen**.

Es mag vielleicht auffallen, daß in einem so eingehenden Verichte über die Ergebnisse der Dresdener Städteausstellung den Arbeiterverhältnissen kaum ein vollkommener Satz gewidmet ist. Und doch soll man eigentlich hierüber nicht erinnet sein, gerade dieser Mangel kennzeichnet die Leiter unserer städtischen Gemeinwesen besser, als ein Hervortreten sozialpolitischer Aufsätze, die doch durchaus fehlt. Viel leicht das ehrliche aus dem ganzen Verichte ist das Schweigen über die Lage der städtischen Arbeiter. Aus freien Stücken, aus eigener Initiative, aus sozialem Pflichtgefühl, aus Menschenfreundlichkeit geschieht für die städtischen Arbeiter auch nicht das geringste. Wenn die städtischen Arbeiter sich um ihre eigene Lage nicht kümmern, dann wird dieselbe nicht verbessert, sondern verelendert werden. So ist dieser umfangreiche Vericht über die Dresdener Städteausstellung ganz wider den Willen seiner Urheber eine kräftige Mahnung an alle städtischen Arbeiter, nichts von dem guten Willen von oben zu erwarten, sondern alles nur von dem Zusammenhänge der Arbeiter und Unterbeamten selbst. Gegenüber der Gleichgültigkeit der Vor-

gesetzten muß die Gemeinsamkeit der schlecht entlohnenden und zu schwerer Arbeit genötigten Personen in Erscheinung treten. So ist auch diesem Verichte über die Anstellung eine agitatorische Wirkung nicht abzuspüren.

Mögen alle Kollegen für die Besserung ihrer Lage ununterbrochen wirken, so wird eine zweite Städteausstellung nicht schon zurückzuführen von der Darstellung der Arbeiterverhältnisse, so wird sie keinen Grund haben, diese Verhältnisse zu verschweigen oder zu beschönigen. So wirken wir durch unsere Organisation auch für die Ehre und das Ansehen der deutschen Städteverwaltungen. Mag man uns keinen Dank sagen, mag man es nicht anerkennen, uns ist es gleich, wenn wir nur für unsere Kollegen befriedigende Verhältnisse erreichen! —

Um die Koalitionsfreiheit.

(Der Berliner Gasdeputation gewidmet.)

Auf der 4. Berliner städtischen Gasanstalt (Anstalt Tanzigerstraße) haben sich in den letzten Wochen abermals Dinge abgespielt, die von weitgehendem Interesse für unsere Verbandskollegen und für die Leserschaft sind.

Der Dirigent des genannten Werkes, Hiller mit Namen, endlich, abermals zwei Kollegen, die zu den Leitern der dort zuständigen Verbandssektion gehören.

Angedacht erfolgte die Entlassung wegen dienstlicher Vergehen; wer sich aber die in Betracht kommenden Vorgänge näher vor Augen führt, der kann seinen Augenblick darüber im Zweifel sein, daß die Entlassungen in Wirklichkeit nur wegen der Tätigkeit der fraglichen Kollegen für unsere Bewegung vorgenommen wurden.

Die entlassenen Kollegen heißen Schulz und Schröder. Schulz ist Sektionsleiter und Schröder war bis vor kurzem Sektionsvorstand; außerdem war noch Schröder bei den bevorstehenden Ortswahlen für den Arbeiterauschuss als Kandidat in Vorschlag gebracht.

Die angeblichen Verfehlungen des Kollegen Schulz sind darin zu suchen, daß er den Vorarbeiter Wiesner verprügelt haben soll. Schröder dagegen hatte wegen der Entbindung seiner Frau um Urlaub nachgesucht und solchen erhalten; während dieser Zeit soll er eine Versammlung besucht haben, was zu seiner Entlassung führte.

Wie der Dirigent Hiller bemüht war, in der Entlassungssache Schulz an die Direktion objektiv zu berichten, das geht z. B. daraus hervor, daß er in seinem Verichte zu bemerken „vergaß“, daß die angebliche Prügelei mit Wiesner sich gar nicht einmal in Betrieb abspielte, sondern vor der Tür einer Gastwirtschaft.

Die fragliche Szene fand bereits im Juli d. J. statt, und Kollege Schulz bestritt, daß er den Wiesner verprügelt habe. Von einer Verurteilung kann eigentlich nicht die Rede sein, denn die „Mörpferlegung“ des W. bestand darin, daß er aus der Tür gestoßen sein will, wobei er ein „blaues Auge“ bekam.

Nach den Aussagen des in Betracht kommenden Gastwirts war W. an dem fraglichen Abend angetrunken und es ist daher noch sehr zweifelhaft, ob W. überhaupt von Gasarbeitern mißhandelt wurde; W. kann sich sein „blaues Auge“ ebensogut wo anders geholt haben. Wie wenig W. sich auf die eigentlichen Vorgänge besinnen konnte, geht z. B. daraus hervor, daß er zunächst einen Arbeiter M. als den Täter bezeichnet, dessen Entlassung denn auch schon früher erfolgt ist. Jetzt soll nun Schulz der Täter sein und flieht deshalb hinaus.

Vor allem ist es eine Frage, ob der Dirigent einer Gasanstalt überhaupt das Recht hat, dienstlich in Sachen hineinzureden, die sich außerhalb des Dienstes und außerhalb der Anstalt zugetragen haben. Wenn aber selbst dem Dirigenten ein solches Recht zugestanden werden soll, so muß er doch mindestens bei solchen Vorkommnissen den Ausgang des strafrechtlichen Verfahrens abwarten. Wird Sch. wegen Körperverletzung von den ordentlichen Gerichten verurteilt, so kann dann der Frage seiner Entlassung näher getreten werden; vorher aber Entlassungen vorzunehmen, das muß auf das stärkste verurteilt werden, weil bei einer solchen Praxis der Willkürherrschaft und dem Demutantenium Tür und Tor geöffnet wird.

Außerdem ist aber auch der Dirigent einer Gasanstalt gar nicht dazu berechtigt noch besonders qualifiziert, auf bloße Anschuldigungen hin in strafrechtlichen Dingen Entscheidungen zu treffen.

Bisher hat man gegen Schulz noch gar kein strafrechtliches Verfahren eingeleitet; wohl fanden auf Antrag Wiesners polizeiliche Vernehmungen statt, diese sind aber negativ verlaufen. Der Täter war nicht zu ermitteln, und andererseits hat man wohl auch die ganze Sache als so geringfügig angesehen, daß es sich gar nicht verlohnte, deshalb den Justizapparat in Bewegung zu setzen.

Doch was kümmert das alles Herrn Hiller? Er wirft sich einfach zum Richter auf!

Der Kollege Schröder dagegen hatte, wie bereits vorher mitgeteilt, um Entbindung seiner Frau um Urlaub nachgesucht und diesen auch erhalten. Während dieser Urlaubszeit soll er nun eine

Verbandsversammlung besucht haben, was mit Entlassung zu befrachten sei.

Hätte Zsch. wirklich eine Verbandsversammlung besucht, so ginge das unserer Ansicht nach den Dirigenten noch gar nichts an. Zsch. hatte sich nur für den Tag Urlaub genommen und wenn er nun des abends eine Versammlung besucht, so ist das eine Gelegenheit, welche lediglich ihn selber interessiert. Bei Entbindungen innerhalb einer Arbeiterfamilie ist gerade am Tage Hilfe notwendig; am Abend da finden sich schon Freunde und Bekannte, die gern einbringen, weil sie nun von des Tages Lasten und Mühen befreit sind.

Wenn also Zsch. wirklich am Abend in seiner dienstfreien Zeit eine Versammlung besucht hätte, so ginge das, wie gesagt, den Dirigenten noch gar nichts an.

Es wäre ja die reinste Sklaverei, wenn der Vorgesetzte das Recht haben soll, den Arbeiter darüber zu kontrollieren, wo dieser seine freie Zeit zubringt. — Und das passiert unter den Augen einer liberalen Stadtwirtschaft!

Das ist ja ein schöner Liberalismus, der die Freiheit der Person so mit Zümen trübt!

Wenn Zsch. vielleicht am Abend eine Kirche besucht hätte, würde man ihn dann auch entlassen haben?!

Gewiß nicht! Der „Lebende Merl“ soll aber eine Versammlung des verhassten Verbandes besucht haben, das muß furchtbar gerächt werden!

Der Haß gegen den Verband leuchtet für jeden Sehenden klar hervor.

Nun aber kommt das schändel!

Zschöder hat gar keine Versammlung während des fraglichen Urlaubes besucht! Jedem ein Subjekt denunzierte Zsch. fälschlicherweise, und ohne jede eingehende Untersuchung flücht Zsch. hinaus!

Zsch. ist unredlich auf Veranlassung der oberen Stadtbehörde vierzehn Tage nach seiner Entlassung wieder eingekerkert worden; man hat ihm auch den Lohn nachgezahlt.

Ist aber dieses Vorkommnis nicht charakteristisch für Herrn Hiller? Ist es nicht schändel, wie leicht es dieser Herr mit Entlassungen nimmt! Solche Vorkommnisse schüren den Massenhaß auf das Äußerste!

Auf der einen Seite der gut dotierte Beamte (6600 bis 8400 M. Gehalt) in geänderter Größe; auf der anderen Seite der Arbeiter, an dessen Türe der Hunger klopf, wenn er keine Beschäftigung hat.

Wer ist überhaupt Herr Hiller?

Schon öfters hatten wir Gelegenheit, die schätzenswerten Charaktereigenschaften des Herrn Hiller kennen zu lernen, so z. B. erst im vorigen Jahre gelegentlich der preussischen Landtagswahlen. Der Magistrat hatte eine Verfügung erlassen, nach der Arbeiter für die Wahl zuurlauben waren, so weit sie dienstabkömmlich seien.

Herr Hiller stellte sich auf den Standpunkt, daß die Betriebsarbeiter seines Werkes unabkömmlich wären und gestattet, hand, zur Wahl zu gehen, während in den anderen hiesigen Gewerken ein Teil der Betriebsarbeiter beurlaubt wurde. Diese Handhabung erweckte natürlich die Interessen und 93 Arbeiter verließen ohne Urlaub die Anstalt. Die Arbeiter erklärten in der Stellungnahme des Herrn Hiller nichts weiteres als wie dem Ausfluß jener Schwarzmarktscheinung, die jede Veräußerung des Arbeiters im öffentlichen Leben als ein Verbrechen betrachtet. Die „Merle“ könnten womöglich sozialdemokratisch wählen, und das müßte verhindert werden. Die 93 Arbeiter wurden entlassen und es wäre beinahe zu einem großen Streit der gesamten Berliner Gasanstaltsarbeiter gekommen.

Der Magistrat mußte sofort zusammentreten, Polizei wurde im großen Maßstabe aufgerufen, das Militär soll in den Kasernen bereit gehalten worden sein, um die Streitenden eventuell zu erfassen, vor den Türen der magistratischen Sitzungszimmer lauzierten Polizeibeamten, um die Beschlüsse der hiesigen Behörden sofort dem Polizeipräsidenten zu überbringen, kurz, bald Berlin war in Bewegung. Und das alles, weil der Dirigent Hiller sich weigerte, 4. 5 Mann zur Wahl zu beurlauben! Wäre nur diese Zahl beurlaubt worden, so hätten sich die Arbeiter zufrieden gegeben.

Weiter. Auf der Inhalt des Herrn Hiller bezieht resp. befaßt auch ein Arbeiterausfluß.

Die Arbeiterausflüsse sind auf Veranlassung der oberen hiesigen Behörden eingehende Arbeitsvertragsverträge, welche die Anstalt haben, durch selbsternannte Vertreter Anträge, Wünsche und Beschwerden der Arbeiter vorzutragen.

Diese Einrichtung scheint Herr Hiller furchtbar zu hassen; er will „Herr im Hause“ sein und nicht mit dummen Arbeitern auf gleichberechtigter Grundlage verhandeln. So wurden denn die Arbeiterausflüßmitglieder fertiggestellt isoliert und entlassen. Derselbe Ausflüßmitglieder waren von ihrem Posten zurück, künden sogar von selbst aus hiesigen Diensten aus, weil sie die Schlämmermann nicht mehr vertrauen konnten.

Wie sehr die Arbeiter der fraglichen Anstalt jedes Vertrauen zu ihrem Anstaltsleiter verlieren haben, das geht z. B. auch aus folgendem hervor: Am 18. November fand eine Wahl des Ausschusses statt. Von 452 Arbeitern, die sich an der Wahl beteiligten,

gaben 354 = 80 Proz. unbeschriebene Stimmzettel ab! Ferner laudten diese eine Erklärung an die oberen hiesigen Behörden, die besagt, daß sie zu Herrn Hiller jedes Vertrauen verloren haben und sie sich erst dann wieder an einer Ausschlußwahl beteiligen, wenn ihnen Garantien dafür gegeben werden, daß die Zahlenernung und Maßregelung der Ausschlußmitglieder aufhört.

Dieses Mißtrauensvotum ist für Herrn Hiller geradezu vernichtend.

Zunächst hat man bisher nicht wieder eingestellt. Auf eine Verschärfe an die Direktion erhielt er vielmehr den Bescheid, daß seine Wiederernennung abgelehnt werden müsse; er habe den Wiesner „schwer körperlich mißhandelt“, und wie die Direktion noch nachträglich erfahren hat, soll Zsch. auch noch einen Arbeitskollegen „körperlich angegriffen und bedrängt“ haben.

Abgesehen davon, daß bisher nicht der geringste Beweis dafür erbracht wurde, daß Zsch. den Wiesner wirklich mißhandelt hat, ist es auch wohl klar, wenn der Bescheid der Direktion von einer „schweren“ körperlichen Mißhandlung spricht, Wiesner hat wegen seines blauen Auges noch nicht einmal eine Stunde seinen Dienst aussetzen müssen und angesichts solcher Tatsachen von einer „schweren“ Mißhandlung zu sprechen, ist mindestens eine starke Übertreibung.

Auch die Angaben der Direktion, daß Zsch. einen Arbeitskollegen „körperlich angegriffen“ und bedrängt haben soll, entsprechen nicht den Tatsachen und sehen auch ganz so aus, als wenn sie in ihrer „Objektivität“ von Herrn Hiller herrühren. Siehe Fall Zschöder! Die Arbeitskollegen des Zsch., welche bei dem fraglichen Vorkommnis zugegen waren, sagen aus, daß Zsch. den betreffenden Arbeiter nicht körperlich angegriffen habe. Die angebliche Beleidigung beändert dann, daß gelegentlich einer Differenz ein Schimpfwort fiel, wie es unter den Gasarbeitern gassa und gäbe ist und wofür Zsch. noch nicht eine Geldstrafe von 1 M. erhält, wenn ein ordentliches Gericht darüber entscheiden sollte.

Aber es handelt sich ja in diesem Falle um ein „lieb' Kind“ des Herrn Hiller, um eines jener Elemente, die ihre Kollegen sofort denunzieren, wenn diese einmal eine Verbandszeitung auf der Arbeitstube verteilen oder gar Verbandsbeiträge entgegennehmen. Solche Leute müssen natürlich wie eine alte Jungfer geachtet werden und wenn sie auch sonst noch so zweifelhafter Natur sind. Wie hochmoralisch qualifiziert der „körperlich angegriffene und bedrängte Arbeiter“ zu sein scheint, davon wurden in einer Versammlung erhebliche Mitteilungen gemacht; soll doch der fragliche Herr sogar seinen eigenen Bruder mit einem scharfen Instrument bedrückt haben.

Doch so sind die „Arbeiterwilligen“ Elemente ja fast alle. Moralisch vielfach durch und durch defekt, bleibt ihnen weiter nichts anderes übrig, als wie vom Verrat zu leben und schwindelhafte Aussagen zu machen.

Wir meinen; es ist hohe Zeit, daß die oberen hiesigen Behörden dem Treiben des Herrn Hiller und dem Zerschellen auf der 1. Anstalt ein Ende bereiten. Oder sollte das verdammtschändel Verhalten des Herrn Hiller zu einer höher stehenden Person hierbei hindernd sein?

Das ist wohl nicht gut anzunehmen.

Dann aber wird noch die Frage aufgeworfen werden müssen, ob der Verband auch weiter in Berlin derartigen Vorgängen gegenüber jene vornehme Ruhe bewahren soll, wie sie in der letzten Zeit geübt wurde.

Man wirft uns ein Misslich nach dem anderen hinaus, verbietet das Verbreiten der Verbandszeitung auf der Anstalt, nachfolgend Beamte verbieten die Anträge der Arbeiterausflüß, fahnen die Mitglieder derselben grob an, wie sie es wagen könnten, solche Anträge zu stellen, und auch das Sprechen vom Verbands soll zukünftig auf den Werken untersagt werden (siehe Konferenz des Direktors Nr. 17 in der letzten Demonstration). Das sind denn doch Zustände, wie sie fast noch nie vorkamen!

Da werden wir denn doch wohl etwas temperamentsvoller auftreten müssen, sollen nicht die hiesigen Arbeiter und der Verband weiter leiden. Br. P.

Ueber die Psychologie des Arbeiterlebens

Inrads am 5. November Professor Dr. Decker aus Jank im Rheinländer Gesellschafterverein; er berichtete über die Ergebnisse einer von ihm organisierten „Enquete“ am Berufswahl und Berufsfreudigkeit in der Arbeiterklasse“. Durch Vermittelung des hiesigen Gewerkschaftsvereins habe er 150 Arbeiter kennen gelernt und von 55 eine ziemlich genaue berufliche Generalprobe erhalten. Nach der „Wandlung“ hiesigen „Industrie“ habe der Referent u. a. folgendes aus: Bei der Berufswahl spiele die Aussicht auf die ökonomische Lage der Eltern oder Aufsteiger, sowie die zu erwartenden Lebensverhältnisse stets eine Rolle. Energetische Naturen halten zumeist noch das in der Jugend Beschäftigte oder Berufswahl nach, beiderlei Zielbarkeiten in einzelnen Berufsarten setzen sich ebenfalls nacheinander durch. Wandel, in spezieller Technik sich schulende Arbeiter erwidern noch sein wahres Talent oder finde erst Freude an verwarden Fäden, viele verfehlen durch unüberwindliche Hemmungen ihren rechten Beruf. Zu Bechtelungsweisen seien die

Meisterleute oft von größtem Einfluss auf die künftige Berufsfruchtbarkeit und von großer Bedeutung für die geistige Erziehung des Arbeiters und sein Seelenleben, die Wanderjahre. Ferner kommt zu dem allgemein formulierten Schluss, daß die Berufsfreudigkeit eine Funktion der freien Berufswahl sei. Diejenigen Individuen seien am geschäftlichsten unter den Arbeitern, die ihren individuellen Fähigkeiten noch einen gewissen Spielraum lassen und so der Intelligenz-Entwicklung und fernere Anregung bieten. Von den bedrohlichen Momenten für die Berufsfreudigkeit und die Anhänglichkeit an den Beruf sei namentlich die Einförmigkeit der Arbeitseistung hervorzuheben, sowie der Umstand, in welchem Grade die Maschine noch Diener des Arbeiters oder der Arbeiter bereits Diener der Maschine sei. Nirgends sei da der Unterschied größer als zwischen der Metall- und Textilindustrie. Unter den Beschäftigten, welche die Berufsfreudigkeit beeinflussen, kämen namentlich die Höhe und Regelmäßigkeit des Verdienstes, die Arbeitszeit, der Rhythmus und die Möglichkeit geistiger Beziehungen in Betracht. Die Arbeit mit ihrer Last sei der Berufsfreudigkeit durchaus schädlich. Betriebsgröße und Arbeitsumständen im Wettbewerb. Nirgends habe der Vortragende ein Lob des Großbetriebes gehört; die Teilnehmer traten darin zu sehr zwischen Prinzipal und Arbeiter. Allgemein verworfen sei die Heimarbeit mit ihrer Isolierung und ihrem Mangel an anspornendem Wettbewerb. In der Reaktion der Arbeiter gegen die hemmenden Einflüsse zur Berufsfreudigkeit habe sich die Postfotografie einzelner Betriebe ohne besondere Äquation ergeben. Die wirtschaftlichen und sittlichen Schwächen der hiesigen Arbeiterbewegung lasse die Liebe zu Volk und Vaterland schwinden und die Erkenntnis des Wertes und der Wichtigkeit ansehnlicher Arbeit, der „wohltätigen Tätigkeit“ nach Antikes, immer mehr schwinden. Dem Volk mühe ein möglichst großes Maß gegenwärtiger Tätigkeit und Berufsfreudigkeit zuzuwenden, ohne dem technischen Fortschritt in die Fänge zu fallen. Die Verbesserung der Einrichtungen zur beruflichen Ausbildung der Arbeiter, soziale, nicht vom Interesse an der Grundrente bestimmte Wohlfahrtspflege auf dem Lande, landwirtschaftliche Arbeit getragene Sozialpolitik, deren wirtschaftliche Vernunft und Wertsetzung dann in der Handelspolitik liege, Förderung der Berufsarbeit und Gelegenheit zu anderweitiger Betätigung seien Mittel und Wege hierzu. Die gewerkschaftliche und politische Betätigung der Arbeiter müsse auch als Selbstzweck betrachtet und die Bewegungsfreiheit des Arbeiters im öffentlichen Leben, die Möglichkeit seines sozialen Emporsteigens als Selbstzweck gefaßt werden. Eine realistische Lehre von der Arbeit sei der Grund- und Gehalt der Nationalökonomie. „Gefegnet ist, wer seine Arbeit gefunden hat. Arbeit ist Leben!“

An unsere Breslauer Kollegen!

Wenn unsere Kollegen ihre Zeitung, die „Gewerkschaft“, erhalten, finden in wenigen Tagen -- am Dienstag, den 6. Dezember -- die Stadtverordnetenwahlen statt. Es braucht wohl nicht besonders betont zu werden, wie wichtig gerade für die Breslauer Arbeiter diese Wahlen sind. Wir haben in unserem Platte wiederholt auf die geradezu jämmerlich zu nennende Lage der hiesigen Arbeiter Prevlars hingewiesen, wir haben daran erinnert, daß sehr viele von ihnen durch die ermäßigte Vergütung nicht einmal in der Lage sind, an den Stadtverordnetenwahlen wählen zu können. Trotzdem müssen wir uns wundern, daß es noch Arbeiter gibt, die sich um diese Wahlen gar nicht kümmern. Ja, sogar aus blöder Aurdur vor Entlassung konterwärtig gewählt haben. Dabei nicht unser Verbandsleiter, Genosse Wehrlein, in der Stadtwahl mit einem konterwärtigen Wer hat Euch in der Stadtverordnetenversammlung geholfen und für Euch und die Verbesserung der Lohne, Verkürzung der Arbeitszeit usw. geredet? Das waren die Sozialdemokraten, die Vertreter der Arbeiter im Stadtparlament. Ihnen müßt ihr deshalb Eure Stimme geben; nur ihnen, wenn ihr Euch nicht selbst ins Gesicht schlagen wollt.

Wer am Tage der Stadtverordnetenwahl, dem 6. Dezember 1901, frei hat, nicht arbeiten braucht, der melde sich beim Kollegen Wehrlein.

Aus unserer Bewegung.

Berlin I (Gasarbeiter), Müllerverträge. Sektionsversammlung am 11. November. Der Vorsitz war ein guter und waren viele Frauen der Mitglieder anwesend. Der Stadtverordnete Kollege Dr. Schubert sprach über Kapital und Arbeit. Medner führte den Anwesenden vor Augen, wie der Kampf ums Dasein geführt wird und daß der Staat stets den Schwächeren zu unterstützen suche. Dies könne man schon an den Pflanzen und Tieren beobachten. Medner brachte viele Beispiele aus der Geschichte und aus den wirtschaftlichen und politischen Faasereignissen bei, um dies zu illustrieren. Medner schloß den Vortrag nach seinem einviertel-

stündigem Vortrage. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Nachdem eritattete der Kassierer Massenbericht aus der Sektion. Als dem Kassierer Decharge erteilt war, wurden noch interne Angelegenheiten der Sektion besprochen, und der Ausschuß beauftragt, die Angelegenheit mit der Direktion zu regeln. Darauf schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Verband um 11 1/2 Uhr.

Berlin II (Manufaktur). Am 12. November 1901 fand bei Patt, Dragonerstraße 15, die regelmäßige Sektionsversammlung statt. Nach der Protokollverlesung hielt der Verbandsvorsitzende Bruno Boersch einen lehrreichen Vortrag. Der Referent wies nach, was die hiesigen Arbeiter seit Verleichen unserer Organisation errungen hätten und daß sie diese Errungenschaften nur allein der Hilfe der sozialdemokratischen Stadtverordneten zu verdanken hätten, und ferner betonte er, daß die Aufgaben der Organisation noch lange nicht gelöst seien, wobei der Referent den Kollegen aus Herz legte, den festen Zusammenhalt zu pflegen. Mit einem kräftigen Aufruf zur Organisation schloß der Referent seinen mit Beifall aufgenommenen einviertelstündigen Vortrag. In der Diskussion trituierten unsere Kollegen die Zusammenhalt und Gleichgültigkeit vieler Mitarbeiter. Medner gab der Vorsitzende Zabellein den Bericht von der erweiterten Verwaltung und darauf kamen einige Betriebsmishstände zur Sprache, die aber erst untersucht werden müssen, bis weitere Schritte getan werden können. Bezüglich der sonstigen Tätigkeit der Sektion ist zu berichten, daß es endlich gelungen ist, die Forderung nach einem Arbeiterausschuß bewilligt zu erhalten. In jeder Inspektion besteht ein Ausschuß von drei bis vier Personen, also zusammen fünf Ausschuße; dieselben bilden wieder unter sich eine Korporation, die gemeinsam ihre Interessen verhandelt. Es haben jetzt in letzter Zeit die ersten Schritte verhandelt. In Inspektionen stattgefunden und wurden folgende Punkte verhandelt: 1. Rechtsil unserer Petition; 2. Anstellung farbiger Arbeiter für sämtliche Arbeiter; 3. Regenjacken; 4. Vergütung der Heberinnen. Das Meistat der Sektionen muß abgewartet werden. Die Inspektoren sind den Arbeitern sehr entgegengekommen, aber diese haben keine weitergehenden Befugnisse. Es muß die Direktion auch entgegenkommen zeigen wird? Ferner muß noch bemerkt werden, daß die „Berliner Morgenpost“ sowie der „Vorwärts“ kürzlich Berichte brachten, die jedoch ungenau sind.

Berlin III (Bassierwerke). Sessentliche Versammlung am 20. November 1901. Verbandsvorsitzender Kollege Bruno Boersch sprach als erster Medner und erlutete für seinen Vortrag wachen Beifall. Die Kollegen Fiedig und Eisenblätter äußerten ihre Anerkennung. Dann sprach Kollege Fiedig über die Arbeiterausschuße der Gasanstalt in der Danzigerstraße und betonte, daß auch unsere Ausschuße nicht die besten seien, gab jedoch zu, daß sie etwas besser sind wie in der Danzigerstraße. Ein anderer Medner erklärte, daß für alle Berliner Bassierwerke ein Ausschuß vollkommen genügen würde. Auch wurde über die Arbeitszeit der Werke in Tegel gesprochen, worüber eine lebhafte Debatte stattfand. Sodann wurden mehrere Sachen besprochen, welche mit in der nächsten Versammlung erörtert werden sollen. Ferner wurde gestattet die schwache Beteiligung an den Versammlungen. Um 1 1/2 Uhr schloß der Vorsitzende mit einem dreifachen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung die Versammlung. Darauf fand die Aufnahme 5 neuer Mitglieder statt.

Berlin IV (Enalische Gasarbeiter). Mitgliederversammlung am 23. November 1901 bei Ebit, Schönberg. Zum 1. Punkt, Bericht der Arbeiterausschuße, sprachen die Kollegen Rüderrmann, Fußlat und Doppo als Umänner der betreffenden Ausschuße. Wie schon in voriger Nummer der „Gewerkschaft“ mitgeteilt, seien leider sämtliche Wünsche auf Erhöhung der Lohne abgelehnt worden. Nur ein Meistat sei zu verzeichnen, daß der Antrag, am Silvesterabend, gleich den Abenden vor den hohen Festtagen, einen früheren Arbeitslohn zu gewähren, bewilligt wurde. Im Ausschuß für den Außenbetrieb entsann sich eine sehr lebhafte Debatte über die letzten Mitglieder resp. die Wahl des Kontrollrats Anner. Ein Meistat wurde leider nicht erzielt, da der Vorsitzende des Ausschußes, Herr Oberinspektor Rudolf, nicht dazu zu bewegen war, die Wahl als unanständig anzuerkennen. Ein Beschluß in betreff der Ablehnung der Lohnforderung wurde nicht gefaßt. Im Punkt 2, Bericht des Vorstandes, wurde Kollege Polonete leider mitteilen, daß in letzter Zeit eine große Käuflichkeit unter den Kollegen Platz gegriffen habe, und zwar speziell unter den Kollegen der Gasanstalt. Der vorerwähnte große Teil der wegen renuierender Verträge anwesenden Mitglieder sei in der Gasanstalt. Der Mitgliederbestand der Sektion betrug am Ende des 2. Quartals 661 Mitglieder, neu eingetreten 39, wovon 700 Mitglieder. Gestanden wurden 100 Mitglieder, mitlin Bestand am Ende des 3. Quartals 600 Mitglieder. Leider sei auch jetzt noch ein Teil der Kollegen im Rückstand, obwohl sich bei den der Bewegung in letzter Zeit bemerkbar machen. Die Geschäfte der Sektion wurden im 3. Quartal in 3 Vorstands-, 1 Verrennungsmänner, und 1 Ausschüsse erledigt. Außerdem fanden statt 1 Sektions-, 2 öffentliche und 11 Betriebsversammlungen. Den Monatsbericht gab Estar Weist. Die Gesamtergebnisse der Sektionskassen betragen 797,25 M., die Ausgaben 555,12 M., mithin Bestand 242,13 M. Unter den Ausgaben befanden sich 129,00 M. für Krankentherapie. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt.

Einnahmen und Ausgaben der filialen respektive (1. Juli 1904 bis

Laufende Nummer	Filiale	Bei der Hauptliste eingegangen am	Einnahme																			
			Bestand bei der letzten Abrechnung		Eintrittsgelder für männliche Mitglieder		Eintrittsgelder für weibliche Mitglieder		Wochenbeiträge für männliche Mitglieder		Wochenbeiträge für weibliche Mitglieder		Telegraphische Steuern		Ertragssteuern der Filialen		Zünftige Einnahmen		Summe der Einnahme			
			Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.		
1	Darmen	14. 10. 04	1	67	21	50	—	—	99	—	—	—	—	—	3	60	—	—	—	—	125	77
2	Berlin	24. 10. 04	750	34	253	—	21	75	6732	20	305	70	14	60	202	—	1197	85	428	05	10205	53
3	Brandenburg	14. 11. 04	18	11	2	50	—	—	78	80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	99	41
4	Bremen	8. 10. 04	392	42	8	—	—	—	490	80	—	—	—	—	15	80	83	80	—	—	690	82
5	Breslau	20. 10. 04	87	18	9	50	—	—	459	40	—	—	—	—	8	20	30	20	—	—	594	48
6	Cassel	27. 10. 04	—	41	5	—	—	—	196	40	—	—	—	—	9	10	—	—	—	10	211	01
7	Chemnitz	7. 10. 04	14	31	11	50	—	8	288	60	5	85	—	—	12	60	—	—	3	—	338	86
8	Dresden	11. 10. 04	97	44	67	—	—	—	1011	40	—	—	—	—	56	20	492	60	100	—	2334	64
9	Erfeld	10. 10. 04	—	53	15	—	—	—	159	60	—	—	—	—	6	—	—	—	—	—	181	13
10	Erfurt	17. 10. 04	12	47	13	—	—	—	126	10	—	—	—	—	5	20	—	—	—	—	157	07
11	Erlangen	12. 11. 04	9	41	4	—	—	—	75	80	—	—	—	—	2	90	—	—	—	—	92	11
12	Franfurt a. M.	27. 10. 04	359	66	12	50	—	—	351	60	—	—	—	—	10	80	184	50	—	—	919	06
13	Freiburg i. B.	6. 10. 04	25	15	12	50	—	—	72	40	—	—	—	—	3	90	9	50	18	65	142	10
14	Fürth i. Bayern	27. 10. 04	200	90	12	—	—	—	327	40	—	—	—	—	10	90	81	10	—	30	632	60
15	Gera, N. J. L.	15. 10. 04	30	16	1	50	—	—	39	20	—	—	—	—	1	80	—	—	4	20	76	86
16	Gotha	29. 9. 04	2	67	1	—	—	—	36	40	—	—	—	—	1	90	—	—	—	—	41	97
17	Höppingen	21. 11. 04	145	65	2	—	—	—	22	40	—	—	—	—	1	50	5	60	—	—	176	55
18	Hörsing	15. 10. 04	43	77	—	—	—	—	36	20	—	—	—	—	1	20	—	—	—	15	81	32
19	Halle	11. 10. 04	81	37	4	50	—	—	153	—	—	—	—	—	5	80	—	—	—	—	244	67
20	Hamburg	2. 11. 04	1347	91	69	50	—	25	3921	20	6	15	—	—	141	70	1400	—	443	56	7330	27
21	Heidelberg	2. 11. 04	54	36	7	50	—	—	51	40	—	—	—	—	1	—	2	95	—	—	117	21
22	Heilbronn	17. 10. 04	69	23	33	50	—	—	203	80	—	—	—	—	9	40	—	—	21	74	317	72
23	Hiel	17. 10. 04	195	23	3	50	—	—	213	20	—	—	—	—	7	20	52	20	—	—	471	33
24	Leipzig	11. 10. 04	317	55	33	50	—	—	1092	60	—	—	—	—	27	—	—	—	18	82	1299	47
25	Ludwigshafen a. Rh.	12. 10. 04	5	48	3	—	—	—	53	—	—	—	—	—	1	70	—	—	—	39	63	57
26	Magdeburg	11. 10. 04	899	83	16	—	—	—	622	40	—	—	5	10	24	50	—	—	8	50	1571	33
27	Mainz	20. 10. 04	259	32	12	50	—	—	539	60	—	—	2	60	14	80	36	40	—	—	865	22
28	Mannheim	29. 9. 04	372	97	15	—	—	—	281	60	—	—	—	—	10	20	43	95	117	74	841	46
29	Mühlhausen i. Eisf.	8. 11. 04	59	57	17	—	—	—	293	—	2	85	—	—	6	—	—	—	—	—	369	42
30	München	12. 10. 04	96	77	31	—	—	—	329	80	—	—	—	—	10	—	—	—	—	—	467	57
31	Nürnberg	27. 10. 04	170	10	13	50	—	—	702	—	—	—	—	—	23	20	175	50	132	50	1216	80
32	Northeim	29. 10. 04	158	51	8	50	—	—	152	—	—	—	—	—	3	80	—	—	8	69	331	50
33	Stettin	1. 10. 04	330	85	37	50	—	—	362	20	—	—	—	—	10	12	70	18	20	—	761	85
34	Strakburg i. Eff.	11. 10. 04	—	—	55	50	—	—	102	20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	157	70
35	Stuttgart	21. 10. 04	2064	84	15	—	—	—	1500	40	—	—	7	70	46	90	372	95	268	13	4275	92
36	Wiesbaden	3. 10. 04	393	61	15	—	—	—	238	80	—	—	—	—	6	70	—	—	28	52	682	63
37	Würzburg	24. 10. 04	42	15	1	50	—	—	96	40	—	—	—	—	4	10	—	—	89	68	183	83
38	Zwidau	22. 10. 04	13	16	8	—	—	—	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	56	16
39	Einzelmitglieder	17. 10. 04	—	—	19	50	—	5	168	50	63	30	—	—	10	20	—	—	1	80	268	80
Summe			9115	55	867	—	30	50	22131	10	383	85	30	40	720	50	4397	30	1639	52	39315	72

Anmerkung. Neu errichtet wurde

Zu Punkt 3, die Lage unserer Unterstützungs-kasse, referierte Kollege Polenske. Infolge der großen Anforderungen an die Unterstützungs-kasse durch eine außerordentlich hohe Krankheitsziffer sei es der Kasse nicht möglich, die Unterstü-tzung in der bisherigen Höhe weiter zu zahlen. Die Aussichten für das 4. Quartal seien noch schlechter, da speziell im Monat Oktober die Ausgaben um 100 Mk. höher waren als die Einnahmen. Er schlägt der Versammlung vor, den Unterstützungssatz auf 2,00 Mk. und die Bezugsdauer auf 10 Wochen herabzusetzen. Nach einer lebhaften Diskussion wurde, nachdem seitens der Kollegen Goll und Weimide für vollständige Aufhebung der Kasse plädiert worden war, der Antrag Weimide auf Aufhebung der Kasse einstimmig angenommen. In Ausführung dieses Beschlusses fällt die Erhebung des Ertragsbeitrages vom 3. Dezember ab weg. Unterstü-tzung wird nur noch bis zum 26. November gewährt. Nachdem noch ein Komitee für den im März stattfindenden Massenball der Sektion gewählt war, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Appell zu reger Mitarbeit in der Organisation.

Magdeburg. In der Versammlung vom 19. November hielt der Kollege A. einen Vortrag über unsere Gewerkschaftsbewegung am Orte. Redner erläuterte das Einwirken des Verbandes und betont insbesondere, daß der leitende Grundgedanke, sich zu zentralisieren, bei den Kollegen der Gesamtheit gute Früchte getragen habe, und er ermahnt die Mitglieder, treu und feil zur Organisation zu halten. Sie sich daran anschließende Diskussion gehalten sich sehr interessant. Kollege W. brachte während derselben einen Erklärungsartikel des „Generalanzeigers“ Nr. 313 betreffend die Entlohnung der städtischen Arbeiter zur Sprache. In demselben macht ein Unterbeamter in seinem geäußerten Verlangen nach dem Verband der städtischen Arbeiter als sozialdemokratischen Tendenzen huldigend hin, um auf

diese Art und Weise den Arbeitern die bewilligten Vergünstigungen nicht zu gönnen. Für die städtischen Unterbeamten aber fordert m. eine Gehaltserhöhung, und zwar mit der Empfehlung, daß sie, die Unterbeamten, die Stützen von Thron und Altar wären. Auf diesen Artikel weiter einzugehen, war nicht möglich, da eine zu reichhaltige Tagesordnung zu erledigen war. Kollege N. erbatte Bericht über die neu eintreffende Lohnangebe. Er verlas ein Schreiben vom Weim, in welchem N. den Vorstand unserer Filiale benachrichtigt, daß es momentan nicht angebracht wäre, den Magistrat mit einer neuen Lohnforderung zu bealiden. Man erkannte an, daß der Magistrat den Willen gezeigt habe, etwas für seine Arbeiter zu tun. Der Überbürgermeister gab zu verstehen, daß bei der nächsten Ertragsberatung eine größere Summe zu Lohnaufbesserungen eingelegt werde; auch habe man zu Gehor bekommen, daß nach fünfjähriger Dienzeit ein Urlaub von acht Tagen gewährt wird; ebenfalls nach einer Dienzeit im selben Zeitraum wird erkrankten Arbeitern der Stadt 13 Wochen voller Lohn gewährt, auch ist durch die Stadtbehörde eine Alterszulage gewährt. Diefelbe beträgt nach 5 Jahren 20 Mk., nach 10 Jahren 10 Mk., nach 15 Jahren 60 Mk., nach 20 Jahren 80 Mk. Kollege Z. erbatte Bericht von der Krankentassenvertreterwahl und gab kund, daß unsere Kasse mit 158 Stimmen durchgegangen ist. Die Gegenkassier erhielt 58 Stimmen. Diefes Resultat wurde mit Bravo aufgenommen. Der Quartalsbericht wurde vom Delegierten A. gegeben. Der Bibliothekar beantragte 30 Mk. für Vervollständigung der Bibliothek, dieselben wurden bewilligt. Das illustrierte Werk der Erfindungen soll dem Paderbinder angegliedert werden. Da der Winter herannahet, werden die Kollegen gebeten, die vorhandenen Werke fleißig zu lesen. Der Schriftführer erbatte Bericht von der Sitzung der vereinigten Krankentassenvorstände betreffend die Wahlen

größerer Einzelmitgliedschaften im 3. Quartal 1904. (30. September 1904.)

Ausgabe														Zahl der Mitglieder								
Verwaltung	Agitation		Unterstützung aus lokalen Mitteln		Beiträge für das örtliche Gewerkschafts-funktionär und Arbeiter-funktionär		Bildungsmittel		Sonstige Ausgaben		An den Verbandsvorstand gesandt		Summe der Ausgabe		Rückt in der Filialentlastungs-Bestand		in diesem Quartal	im vorigen Quartal	mehr	weniger	Laufende Nummer	
	Gr.	Pr.	Gr.	Pr.	Gr.	Pr.	Gr.	Pr.	Gr.	Pr.	Gr.	Pr.	Gr.	Pr.	Gr.	Pr.						
77	34	67	—	—	—	—	—	—	—	—	91	10	125	77	—	—	72	35	37	—	1	
53	2062	96	370	65	—	100	—	70	94	520	10	5178	61	9005	26	1200	27	4028	3779	219	—	
41	17	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	60	—	77	10	22	31	37	43	—	6	
82	77	85	—	—	15	60	15	—	—	53	75	851	30	564	05	426	77	307	319	—	12	
48	41	90	37	45	20	15	—	—	—	—	—	323	97	438	32	156	16	290	250	10	5	
01	84	79	3	60	—	18	—	—	—	—	—	150	—	200	39	4	63	80	96	—	16	
80	71	44	3	84	—	10	—	—	—	—	—	223	40	308	68	80	18	181	120	11	7	
64	600	10	68	10	20	25	25	—	—	18	75	1197	47	2019	67	314	97	820	744	76	8	
13	5	05	10	80	—	6	90	—	—	—	80	127	40	159	95	21	18	116	86	30	9	
07	6	31	—	—	—	5	30	—	—	3	50	102	46	117	57	80	50	57	36	21	—	
11	25	68	—	—	—	4	—	—	—	—	—	57	43	87	11	5	—	31	26	5	—	
06	108	17	17	30	59	50	—	21	20	5	—	257	70	493	87	425	19	293	289	4	—	
10	10	55	—	—	17	65	—	—	—	11	—	64	07	106	47	35	63	59	31	25	—	
60	75	72	90	25	—	11	—	—	—	—	—	241	46	418	43	214	17	139	117	22	—	
86	4	69	2	—	1	30	—	—	—	—	—	20	44	41	63	35	23	18	18	—	—	
97	1	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	27	17	28	77	13	20	16	15	1	—	
55	10	14	—	—	—	—	—	—	—	1	50	18	44	30	08	146	47	21	32	—	—	
32	2	45	1	—	—	—	—	—	—	—	—	25	33	28	78	52	54	15	16	—	—	
67	28	65	—	—	—	—	—	—	—	2	50	112	39	143	45	101	22	82	73	9	—	
27	1085	28	151	90	249	—	195	—	—	352	—	2829	68	5462	86	1867	11	1857	1808	49	—	
21	5	—	—	—	15	—	—	—	—	6	40	61	96	68	36	48	85	43	42	1	—	
72	25	75	—	—	—	6	—	—	60	2	90	178	87	214	12	123	60	106	45	61	—	
33	35	62	3	—	—	22	36	—	—	152	84	306	72	306	72	104	61	85	86	—	—	
47	104	70	57	75	—	29	25	—	—	662	34	662	34	854	04	445	43	388	354	34	—	
57	3	65	—	—	—	—	—	—	—	44	45	44	45	48	10	15	17	20	23	6	—	
33	63	85	7	90	05	—	—	—	—	22	50	458	83	673	98	897	35	271	259	12	—	
22	88	22	54	33	27	—	—	—	—	53	66	380	40	644	61	220	61	462	446	16	—	
46	81	90	—	—	45	—	—	—	—	8	45	212	33	381	44	460	02	146	156	—	—	
42	53	35	20	30	—	16	80	—	—	10	—	228	22	328	67	40	75	234	219	15	—	
57	52	08	42	88	—	25	40	—	—	3	20	260	86	384	40	83	17	228	165	63	—	
80	283	48	7	30	—	176	74	—	—	136	46	504	70	1088	68	128	12	333	328	5	—	
50	23	40	—	—	—	4	50	—	—	126	—	113	62	267	52	63	98	80	74	6	—	
85	59	30	50	60	20	25	15	53	20	6	30	291	91	512	46	249	39	309	297	72	—	
70	11	11	1	—	—	—	—	—	—	19	50	123	64	155	25	2	45	92	—	92	—	
92	151	75	—	—	783	50	83	70	—	14	20	1067	30	2100	45	2175	47	802	791	11	—	
63	50	20	—	—	20	—	9	54	—	160	41	181	10	421	25	261	38	144	159	—	—	
83	7	33	3	70	10	—	—	—	—	5	—	69	86	95	89	87	94	53	50	3	—	
16	1	50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20	67	31	17	24	90	23	20	3	—	
80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	268	80	268	80	—	—	167	5	162	—	
72	6677	27	1020	65	1397	95	1075	50	151	94	1696	78	16750	03	28770	12	10545	60	12464	11425	1111	72

die Mitgliedschaft Streuburg L. Ob.

An den unteren Verwaltungsbehörden. Von den sämtlichen Krankenkassenvorständen waren vier Arbeitgeber und vier Arbeitnehmer vorgeschlagen und gewählt. Von unserem Krankenkassenräten waren uns vier unbekannt, nichtorganisierte und nicht wählbare Personen vorgeschlagen. Wir vollzogen ein diesbezügliches Zutrittstut zu Händen des Vorsitzenden unserer Masse und schlugen die richtigen Arbeiterkandidaten vor. Demnach war der Schlag variert. Kollege Z. brachte zur Sprache, daß die Mauer des Gaswerkes den Aufschlag bei Hebermünden in langer Zeit nicht bekommen haben; in letzter Zeit soll derselbe doch gezahlt worden sein. Der Arbeiterausdruck soll für einen Kollegen sein, dessen Hebermündung dem Herrn Direktor ein Geisels unterbreiten. Der Vorstand weiß auf die Stadtverordnetenwahlen hin und wünscht eine rege Beteiligung an derselben, auch hofft derselbe, daß an der Blutblattverbreitung sich dienstfreie Kollegen melden mögen.

Mainz. Am 13. November stattgefundenen öffentlichen städtischen Arbeiterversammlung referierte Kollege Heinrich Zöcher über: „Der Gemeindegewerkschaft im Massenkampf“. Redner führte zunächst die Anfangsbedingungen des Massenkampfes, das Erwachen des internationalen Proletariats zum Massenbewußtsein. Er gab ein anschauliches Bild der politischen und wirtschaftlichen Mängel von den letzten Jahren bis zur Jetztzeit, der Misshandlungen und Verletzungen des Sozialengesetzes, um sodann an der Hand eines reichen Zahlenmaterials die Entwicklung und Erwartung der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu demonstrieren. Auch die Gemeindegewerkschaften hatten mit der Zeit zu der Einheit kommen müssen, daß sie, obwohl in formalen Diensten, im gleichen Maße wie die in der Privatindustrie beschäftigten Arbeiter als bloßes Ausbreitungsglied im gegenwärtigen Massenstaat figurieren. Das habe die Gründung des Gemeinde-

arbeiterverbandes zur Folge gehabt, der heute ein würdiges Glied in der großen Reihe der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter Deutschlands sei. Die durch die besondere Konstellation und Entwicklung des Arbeitsvertrages der bei den Stadtgemeinden beschäftigten Arbeiter und Unterangeordneten bedingte gewerkschaftliche Taktik derselben habe, wie dies in den letzten Nummern der „Gewerkschaft“ zum Ausdruck gelangt sei, in weiten Kreisen der organisierten Arbeitererschaft Zustimmung erregt, welche auf das mangelnde Verständnis gegenüber den Forderungen der kommunalen Arbeiterpolitik zurückzuführen seien. Unter anderem mache man den Gemeindegewerkschaften den Vorwurf, sie würden infolge ihrer Taktik von den Ideen und Prinzipien des Massenkampfes abweichen, dem Streik als wirksames wirtschaftliches Kampfmittel abzuwenden und anderes mehr. Redner widerlegte in klarer und überzeugender Weise alle diese Vorwürfe. Er konstatierte, daß gerade durch das Erstarken der Gemeindegewerkschaftsorganisation die städtischen Arbeiter Deutschlands zum Massenbewußtsein erzogen würden. Tausende von Gemeindegewerkschaften, die verdammten seinen blauen Dunst von der modernen Arbeiterbewegung gehabt hätten, marschierten heute in derselben in Reich und Glied. Das sei ein Verdienst des Gemeindegewerkschaftsverbandes. Um aber allen Vorurteilen den Boden zu entziehen, müsse es Aufgabe der Gemeindegewerkschaften sein, jede Gelegenheit wahrzunehmen, ihr Massenbewußtsein zu dokumentieren. Dazu reide es nicht, bloß der gewerkschaftlichen Organisation anzugehören. So müßten z. B. alle diejenigen Kollegen, welche sich bei allen passenden Gelegenheiten als Sozialdemokraten gebärdeten — und davon gäbe es nicht wenig — auch die städtischen Arbeiterbewegungen als abteilendes Mitglied betreten, d. h. der politischen Organisation als abteilendes Mitglied betreten. Dies sei um so notwendiger, da die sozialdemokratischen Vereine viel-

Abrechnung der Hauptkasse vom 3. Quartal 1904.

Einnahme:	
An Bestand	27 060,83 M.
Eintrittsgeldern	897,50 "
Mitgliederbeiträgen	15 129,23 "
Delegiertenfeiern	720,50 "
Protokollen vom Verbandstag	40,70 "
sonstigen Einnahmen	179,23 "
Summa	44 927,99 M.
Ausgabe:	
Für Sterbeunterstützung	450,— M.
„ Streikunterstützung	101,85 "
„ Gemäßregeltenunterstützung	395,— "
„ Rechtsanw.	103,40 "
„ Agitation	4 317,15 "
„ Teilnahme an Konferenzen	174,50 "
„ Beitrag an die Generalkommission (2. Qu. 1904)	335,16 "
„ „Die Gewerkschaft“	3 161,95 "
„ Literatur	72,22 "
„ Inventar	44,65 "
„ persönliche Verwaltungskosten:	
Gebälter	1 844,98 M.
Sitzungsgelder	54,25 "
Veränderungsbeiträge	121,86 "
Summa	2 021,09 "
„ sächliche Verwaltungskosten:	
Druckladen	2 317,15 M.
Bureauentfalten	134,65 "
Stempel	13,95 "
Porto	323,13 "
Bureauante, Reinigung und	
Verleumdung	427,59 "
Summa	3 220,47 "
„ sonstige Ausgaben	114,10 "
Summa	44 927,99 M.
Abschluß:	
Einnahme	44 927,99 M.
Ausgabe	11 511,54 "
bleibt Bestand	30 416,45 M.

Berlin, den 30. November 1904

G. A. Hmann, Hauptkassierer.

Revidiert und für richtig befunden

Die Revisoren

Karl Schabel. Gustav Mehrwald.

Zusammenstellung

über die Gesamteinnahme und -Ausgabe des Verbandes im 3. Quartal 1904.

Einnahme:	
Einnahme der Filialen	39 315,72 M.
Einnahme des Verbandsvorstandes	2 877,96 "
Summa	67 493,68 M.
Ausgabe:	
Ausgabe der Filialen	12 020,09 M.
Ausgabe des Verbandsvorstandes	14 511,54 "
Summa	26 531,63 M.
Abschluß:	
Gesamteinnahme	67 493,68 M.
Gesamtausgabe	26 531,63 "
bleibt ein Vermögen von	40 962,05 M.
Davon in den Filialen	10 545,60 M.
Davon in der Hauptkasse	30 416,45 "

fast keinen geringen Einfluß in der Stadtverwaltung hätten. Des weiteren müßte der Gemeindegewerkschafter treuer Abonnent der Arbeiterpresse sein. Er müsse seine Kinder im Geiste einer modernen Weltanschauung erziehen. Auch auf seine eigene geistige Entwicklung müsse er bedacht sein und getreu dem Worte Liebknechts: „Macht in Wissen, Wissen in Macht!“ handeln. Danach streben, nicht nur ein denkender sondern auch ein wirkender Arbeiter zu werden. Nicht zuletzt müsse er stets wahre Solidarität mit seinen Arbeitsbrüdern in der Privatindustrie üben, sich nie als etwas Besseres oder Bornehmteres dünken, wie einige Straßenbahnangehörigen, die sich bereits als Beamten fühlten, obgleich ihre Arbeitsverhältnisse nicht besser seien wie die der anderen städtischen Arbeiter auch. Wenn sich jeder organisierte Gemeindegewerkschafter bestrebt, so schloß Redner seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen, sich in dieser Weise

zu betätigen, so hilft er nicht nur mit, die Arbeiterklasse aus dem Doppelschloß geistiger und wirtschaftlicher Aneidung zu befreien, er hilft auch mit, alle Vorurteile gegen unsere Organisation und deren Taktik zu zerstreuen.

Sodann gedachte der Vorsitzende Hof. Schäfer der bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen und teilte mit, daß der Vorstand beschlossen habe, ihn der Partei als Mandatanten hierzu vorzuschlagen. Kollege Klein bestätigte, daß die Organisation nicht imstande sei, die Kosten einer Mandatur des Vorsitzenden zu tragen. Der Vorsitzende erklärte hierauf, nicht kandidieren zu wollen. Sollte man in der Parteiverammlung einen diesbezüglichen Antrag stellen, so ließe sich darüber noch reden. Die Versammlung erklärte sich hiermit einverstanden.

Sodann berichtete Stadtverordneter Genosse Zeel über die Verhandlungen der Reinigungsdeputation in Sachen der Sonntagsarbeit der Straßenreiner. Bekanntlich verfügte Herr Vattermann, Vorsitzender des Reinigungsamtes, daß dieselben nach wie vor Sonntags um 5 Uhr morgens ansetzen müssen. Genosse Zeel konstatierte, daß diese Verfügung auf einen Verstoß der Deputation basiere. In der Deputation sei man keinwegs gesonnen, die Arbeitszeit am Sonntag zu verkürzen, es sei denn, daß die Arbeiter mit der Arbeitszeitverkürzung auch eine Lohnverkürzung in Kauf nehmen würden. Er wolle nun noch einmal versuchen, auf gutlichem Wege die Sonntagsarbeit im Sinne der Arbeiter zu regeln. Er empfahl daher, vorerst von weiteren Schritten in dieser Sache Abstand zu nehmen. Von dem Resultat seiner Bemühungen werde er rechtzeitig Bericht erstatten. Die Versammlung beschloß demgemäß, worauf dieselbe ihren A. schlus fand.

München. Am Sonntag, den 23. November, fand nachmittags 3 Uhr in den Zentralhallen eine von der Abteilungsleitung einberufene öffentliche Versammlung für alle in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter statt. Dieselbe war sehr zahlreich besucht. Der schriftlichen Einladung an die Mitglieder der beiden städtischen Kollegien war Gemeindevollmächtiger Wörz gefolgt. Unsere Freunde, Magistratsrat Eduard Schmid und Gemeindevollmächtiger Anton Raab, waren verhindert und hatten sich entschuldigt.

Der Verband strebt eine allgemeine Arbeitsordnung für sämtliche Lohnarbeiter der Stadt München an. Eine in öffentlichen Versammlungen gewählte Kommission hat einen 36 Paragraphen umfassenden, bereits gedrudt vorliegenden Entwurf ausgearbeitet, der demnächst den städtischen Kollegien unterbreitet werden soll. Referent Kollege Brauer begründete in der anschließenden Weise die einzelnen Paragraphen und führte aus, daß, obwohl die Stadtgemeinde anderen Privatbetrieben als Muster dienen solle, doch noch immer 875 städtische Arbeiter unter 3 M. per Tag entlohnt würden. Beschwerden über mangelhafte Bezahlung und ungelagerte Behandlung durch die Vorgesetzten seien bisher größtenteils in den Bureaus verschwunden. Auch gegen die von manchen Vorgesetzten nebenbei geführten Agenturen, Ingerenhandlungen usw. wendete sich Redner, da hierdurch die Arbeiter indirekt zu unnützen Geldausgaben veranlaßt würden. Gewünschten Falles könne man für diese Behandlung gewisse Befreiungen: § 12 des Entwurfes soll diese Befreiung betreffen. Für alle städtischen Arbeiter sollen täglich 9 Stunden als regelmäßige Arbeitszeit gelten; für das Betriebspersonal der Elektrizitätswerke soll mit Rücksicht auf die verantwortungsvolle Tätigkeit vollständig ausgenügt sein; bei 650 Arbeitern kamen die oft bei 60 Grad Hitze und in von Mollenhaub erfüllten Räumen ihr Tagewerk verbringen müssen, durch den Dreifachschichtwechsel die Arbeitszeit auf 8 Stunden herabgesetzt werden. Zur weiteren Begründung erwähnt Redner, daß von den 21 Arbeitern des Müllaufwehres während des Jahres 1903 nicht weniger als 23 erkrankten und die Gesamtzahl der Krankheitsstage sich auf 560 belieferte, während die Arbeiter der Gaswerke nach acht bis zehnjähriger Tätigkeit vollständig ausgenügt sein; bei 650 Arbeitern kamen 339 Erkrankungen während des letzten Jahres vor. Da der Dreifachschichtwechsel bereits in vielen deutschen Städten eingeführt ist, dürfte die Erfüllung dieses Wunsches wohl auch in München möglich sein. Der Arbeitslohn soll nach Tagen und nicht nach Stunden festgesetzt werden, und zwar für Vorarbeiter, Partieführer, Übermehre und Übergehilfen auf 5,20 M., für gelernte Arbeiter auf 4,50 M., für das Betriebspersonal der städtischen Elektrizitätswerke auf 3,50 M. bzw. 4 M. bzw. 4,50 M., für das der städtischen Gasanstalten auf 4 M. bzw. 4,50 M., für ungelernete Arbeiter auf 3,50 M., für Leihenträger auf 3,50 M., für Frauen, gleich welcher Betriebsabteilung, auf 2,50 M.; jugendliche Arbeiter unter 20 Jahren sollen je nach Leistung bezahlt werden. Tariffrage gelten als Mindestlöhne, die sich alljährlich um 10 Pf. pro Tag erhöhen; nach zehn Jahren ist der Höchstlohn erreicht. Arbeiter, die nicht mehr im Vollbesitz ihrer Arbeitskraft sind, sollen einen Mindestlohn von 3 M. pro Tag erhalten. Die Lohnzahlung soll jeden Sonnabend, und wenn dies ein Feiertag ist, am vorhergehenden Werktag beim Eintritt der Mittagspause beendet sein, damit die Frauen schon am Nachmittag die nötigen Einkäufe machen können. Arbeitern, die dienlich am Erscheinen an der Auszahlungsstelle verhindert sind, soll der Lohn an die Arbeitsstelle gebracht werden. Bei Krankheit bis zu drei Monaten soll die Differenz zwischen dem Krankengeld und dem Lohne von der Stadtgemeinde daraufgezahlt werden, wie

dies bereits in 23 deutschen Städten lässlich sei. Städtische Arbeiter und Frauen sollen nach zweijähriger ununterbrochener Beschäftigung vier Tage, nach fünf Jahren sieben Tage Urlaub erhalten unter Herabzählung des Lohnes. Die Arbeiter hoffen auf Erfüllung ihrer berechtigten Wünsche. (Besonder, langanhaltender Weifall.) Gemeindevorstandlicher Wörz erklärt, daß er nicht veräußert habe, die Wünsche der Arbeiter anzuhören, für deren Erfüllung er einstehe wolle, soweit das in seinen Kräften und mit Rücksicht auf die städtischen Finanzen möglich sei, da man das Gewünschte nicht als übertrieben bezeichnen könne. — Nach einer lebhaften Diskussion, an der sich nicht weniger als 11 Redner beteiligten, die verschiedene traffe Wünsche in den einzelnen Betrieben sowie die Härten der bestehenden Arbeitsordnungen und die oft menschenwürdige Behandlung seitens einiger Vorgesetzten hervorhoben, und Kollege Krüger in seinem Schlußworte betonte, daß die noch vorgebrachten Wünsche selbstverständlich in der Vorlage weitgehendste Berücksichtigung finden werden, wurde folgende vom Referenten empfohlene Resolution einstimmig angenommen:

„Die Versammlung erklärt sich mit der von der Kommission vorgelegten Arbeitsordnung und der Begründung des Referenten einverstanden und ersucht das Bureau, die Eingabe als Antrag an den Magistrat hinstellzugeben. Auch nimmt die Versammlung mit Freuden Kenntnis von den Ausführungen des Herrn Wörz. Ferner erklärt die Versammlung den Gemeindevorstand als die Organisation, die die Interessen der städtischen Arbeiter am besten vertritt.“

NB. Ein halbes hundert Meinungen sowie die einstimmige Annahme der Resolution zeigten aufs neue, daß der Verband seiner Aufgabe gewachsen und zu den schönsten Hoffnungen im Interesse der Allgemeinheit berechtigt ist.

Stettin 11. In der Versammlung der Gas- und Wasserwerksarbeiter am 21. November hielt Kollege Wollack einen lehrreichen und mit Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Städtische Arbeiter und die Stadtverordnetenwahlen“. Auch jetzt sei wieder zu sehen, wie die liberalen Stadtväter danach trachten, der Arbeiter Stimmen zu haben, aber will es einmal eine Petition in bezug auf die Arbeiterregulierungen wieder gut zu machen, dann sind die Herren nicht zu haben. Darum gebe jeder städtische Arbeiter nur einem solchen Kandidaten seine Stimme, der auch seine Interessen vertritt. Eine dementsprechende Resolution fand einstimmige Annahme. Dann wurden noch die Forderungen zum Arbeiterausbau besprochen, die in nächster Zeit ausgearbeitet werden sollen, worauf der Ausbruch seine Tätigkeit beginnen wird. Mit einem kräftigen Applaus an die Versammelten, nicht eher zu ruhen, bis auch der letzte städtische Arbeiter organisiert ist, schloß die Versammlung.

Eingegangene Schriften und Bücher.

Das **Arbeiterrecht** von Arthur Stadthagen. Komplet in 2 Lieferungen à 32 Seiten. Preis pro Lieferung 20 Pfennig. Alle Bände erachtet ein Heft. Heft 6, 7, 8, 9 sind schon erschienen. Die Rechtsverhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeiter erfahren durch die Gesetzgebung fortwährend eine erhebliche Umgestaltung. Eine inhaltsreiche Darstellung der gültigen Rechtsregeln ist daher dringend erforderlich, da selbst der Jurist bei der Fülle des neuen Rechtsstoffes kaum weiß, was rechtens ist. Das Arbeiterrecht von Arthur Stadthagen bietet eine solche, von allen Sachleuten anerkannte überaus klare, für jedermann verständliche Darstellung und bildet somit einen unentbehrlichen Führer durch alle Gebiete des Arbeiterrechts.

Drei vollständig vergriffene Auflagen des jetzt in vierter Auflage vorliegenden Arbeiterrechts zeugen von der Notwendigkeit dieses Buches für die erwerbstätige Bevölkerung.

Stadthagens Arbeiterrecht ist ein billiger und zuverlässiger Arbeiteranwalt im Hause.

Der **Verein für unzufolge Hamburg**, ein Arbeiterverein, legt ein großes Gewicht auf die Herausgabe und den Vertrieb billiger Nummern. So erschien am 15. November 1901: **Andriens Wärdchen und Geschichten**. Ausgegeben vom Hamburger Jugendfürsorgeauschuss für Kinder vom 13. Jahre an und für Erwachsene, Buchdruck und Verlag von Ernst Cramer, Hamburg. Das Buch ist 160 Seiten stark, hat ein großes Format und ist auf gutes Papier gedruckt. Es enthält 19 mit 3 bis 5 Karren gedruckte ganzseitige Bilder und 20 farbige Initialen, die auch Illustrationen in den Wärdchen sind. Der dreifarbige Farbdruck und die wertvolle Zeile sind besonders für das Buch geeignet. — Der Verein liefert das Buch portofrei für 1,25 Mk. Nach auswärts werden nicht weniger als drei Exemplare gegen Entsendung des Betrages abgegeben. Am Buchbinder leitet das Buch 2 Mk. Es erscheint in 15.000 Exemplaren. Die zur Herstellung einer solchen Auflage nötige Summe ist von Vereinstätigen aufgebracht. Der billige Preis ist nun möglich, weil das Buch in einer so großen Auflage gedruckt ist und weil der Verein auf einen Gewinn verzichtet. Das Werk soll dem Unbemittelten ein erhellendes und warmes Licht sein. Alle gemeinnütziger Vereine werden deshalb aufgefordert, dies Unternehmen durch einen Betrag der Auflage zu unterstützen. Der Bestand des Buches geschieht durch H. Voelz, Hamburg 6, Zedamstraße Nr. 9.

Wir möchten den Aufruf unterstützen und empfehlen unseren Mitgliedern, den Vertrieb durch die Verbandsfilialen zu bewirken. Dies geschieht in der Weise, daß in der nächsten Filialversammlung der Vorstand die Frage stellt, wer dies Buch haben will. Werden sich genügend Männer, so zieht der Filialkassierer das Geld ein und schickt es mit der Bestellung an Herrn H. Voelz in Hamburg. — D. H.

Hilgers illustrierte Volksbücher Band 5. Die Dampfmaschine von W. Sängedel, Ingenieur, mit 37 Illustrationen. Hermann Hilgers Verlag, Berlin W. 9. Preis pro Band 30 Pf., im Abonnement 6 Bände 1,50 Mk.

Mit dem vorliegenden 5. Bande bringt der Verlag eine der wichtigsten Erscheinungen auf dem Gebiete der Technik zur Darstellung. Die Dampfmaschine hat in der Entwicklung unserer gesamten Kultur im Laufe des vergangenen Jahrhunderts eine so bedeutende Rolle gespielt, daß eigentlich jeder sie etwas genauer kennen sollte, als dies in Wirklichkeit der Fall ist. Freilich ist es nicht leicht, einen so großen Stoff, zu dessen gründlichem Verständnis umfassende technische Studien nötig sind, in dem beschränkten Umfange eines kleinen Heftchens so darzustellen, daß jeder Laie Wesen und Wirkungsweise der Dampfmaschine kennen und verstehen lernt.

Der Autor hat es verstanden, die wichtigsten Kapitel dieses großen Gebietes in interessanter und scharfer Form darzustellen. Er beginnt mit einer geschichtlichen Entwicklung des Dampfmaschinenbaues und geht dann zu einer Darstellung des Betriebes von der Erhaltung der Kraft und der Beziehungen zwischen Wärme und Arbeit über. Hieran schließt sich ein Kapitel über Dampfmaschinen- und Feuerungsanlagen unter besonderer Berücksichtigung der rauchlosen Verbrennung und der Rauchanalyse.

Es folgt sodann das Kapitel über die Dampfmaschinen, in welchem zunächst die Dampfmaschine in ihren einzelnen Konstruktionsteilen besprochen wird. Wir lernen hier die Einrichtung der Steuerungs- und Reguliervorrichtungen kennen an Hand instruktiver Abbildungen und finden auch die Haupttypen der Dampfmaschinen in Wort und Bild wiedergegeben. Die neuesten Erfindungen des Dampfmaschinenbaues — die Heißdampf- und Abdampfmaschine sind ebenfalls ihrem Wesen nach kurz erläutert, und mit einer zeitgemäßen Abhandlung über die Dampfturbinen schließt dieses empfehlenswerte Volksbuch.

Verbandsteil.

Adressen der Verbandsleitung.

Geschäftsstelle des Verbands-Vorstandes:

Berlin W. 57, Bülowstr. 21. Telefon: Amt IX, 6188.

Alle Korrespondenzen, die den Verbandsvorstand betreffen, sind an den geschäftsführenden Vorsitzenden **Vr. Voersch**, alle Geldsendungen für die Verbandskasse an den Verbandskassierer **G. Wilmann**, alle Zuschriften für die „Gewerkschaft“ nur an **H. Bürger** zu richten.

Sämtliche Bescheide gehen zunächst an den Vorsitzenden des Verbandsvorstandes, **Vr. Voersch**; gegen die Entscheidungen des Verbandsvorstandes ist Beschwerde bei dem Verbandsauschuss Hamburg, Hüter 11, zulässig.

Zweigbureau Stuttgart: Möringerstr. 122. Sekretär: C. Altvater.

Zweigbureau Leipzig: Wiesenstr. 25. Sekretär: A. Mohs.

Zweigbureau Berlin: Alte Jakobstr. 145. Sekretär: S. Schuberth.

Zweigbureau Hamburg: Hüter 11. Sekretär: S. Schönborg.

Zweigbureau Dresden: Rigenbergerstr. 2. Sekretär: J. Lischen.

Quittung der Hauptkasse.

Für das 3. Quartal gingen an Beiträgen ein: Hamburg 150,00 Mk., 3. Rate.

Ferner gingen im November ein: Rückzahlung von M. in Ch. 6,00 Mark.

Von Einzelmitgliedern: Nr. 30165 2,35 Mk., Nr. 30177 2,35 Mk.,	
Nr. 30184 1,40 Mk.,	Nr. 30192 3,35 Mk., Nr. 30200 1,00 Mk.,
Nr. 31825 2,85 Mk.,	Nr. 31844 1,00 Mk., Nr. 33102 3,00 Mk.,
Nr. 33105 3,00 Mk.,	Nr. 33119 2,00 Mk., Nr. 33138 3,00 Mk.,
Nr. 33150 3,40 Mk.,	Nr. 33158 1,70 Mk., Nr. 33173 1,00 Mk.,
Nr. 33551 1,00 Mk.,	Nr. 33562 1,00 Mk., Nr. 33563 2,25 Mk.,
Nr. 33556 1,00 Mk.,	Nr. 33557 1,00 Mk., Nr. 33560 1,35 Mk.,
Nr. 33561 2,35 Mk.,	Nr. 33584 1,00 Mk., Nr. 33599 1,55 Mk.,
Nr. 33907 1,70 Mk.,	Nr. 33912 1,00 Mk., Nr. 33913 1,00 Mk.,
Nr. 33914 0,75 Mk.,	Nr. 33915 1,00 Mk., Nr. 33916 1,00 Mk.,
Nr. 33917 1,00 Mk.,	Nr. 33931 1,00 Mk., Nr. 33953 1,00 Mk.,
Nr. 33955 3,20 Mk.,	Nr. 33957 1,00 Mk., Nr. 33958 1,00 Mk.,
Nr. 33959 0,75 Mk.,	Nr. 33960 4,75 Mk., Nr. 33961 1,55 Mk.,
Nr. 33965 3,30 Mk.,	Nr. 33966 1,85 Mk., Nr. 33967 3,40 Mk.,
Nr. 33968 1,10 Mk.,	Nr. 33969 10,00 Mk., Nr. 33970 2,40 Mk.,
Nr. 33971 1,85 Mk.,	Nr. 34120 2,25 Mk.

G. Wilmann, Hauptkassierer.

Totenliste des Verbandes
Alfred Rothweiler
 Freiburg i. S.
 † 17. November im Alter von 33 Jahren

Peter Wofianowski
 Magdeburg
 † 26. November im Alter von 57 Jahren

Johann Glock, Mainz
 † 23. November im Alter von 69 Jahren

Ehre ihrem Andenken!

== Im Erscheinen befindet sich: ==

Meyers Sechste, gänzlich neubearbeitete und vermehrte Auflage.

Grosses Konversations-Lexikon.

Ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens.

20 Bände in Halbleder gebunden zu je 10 Mark.
 Prospekte und Probehefte liefert jede Buchhandlung.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.

148.000 Artikel u. Verweisungen

11.000 Abbildungen, 1400 Tafeln und Karten.

Rasiere dich selbst und beachte diese Annonce!



Die hier abgedruckte Neuheit Rasiermesser Nr. 50 Preis M. 3.50 prima engl. Silberstahl mit fein verzierten Fantasie-Schalen und 3 jährig. Garantie, erhält jeder Leser ds. Bl., ohne an eine Nachbestellung gebunden zu sein, bei Einwendung dieser Annonce **umsonst**, nur die durch Porto, Verpackung u. dgl. entstehenden Unkosten sind mit M. 1.25 einzusenden.

Die Probe wird, so lange der Vorrat reicht, mit meinem Hauptkatalog 1904 mit ca. 2000 Abbild., mit vielen Neuheiten: Solinger Stahlwaren, Haushaltsgegenständen, Gold-, Silber-, Nickel-, Lederwaren Haus- und Taschen-Uhren, Hürsäten waren, Pfeifen, Werkzeuge für Schuster, Schneider, Schlosser etc. etc., an jeden versandt, welcher noch keinen Versuch mit meiner Ware gemacht und das Inserat innerhalb 3 Tagen eingesandt hat. (Es wird nur ein Probemesser abgegeben, Mehrere Personen, welche in einem Hause wohnen erhalten nur 1 Messer.)

Nur die Reclität meines Geschäftes und die Ueberzeugung, dass Jeder, welcher einen Versuch mit meinen Waren macht, mein Kunde wird, ohne Zwang, haben mich bewogen, den Abonnenten dieser Zeitung in vorstehender Weise entgegenzukommen. Dank sagungen und Anerkennungen über meine Fabrikate lauten täglich ein.

Friedrich Wilhelm Engels, Stahlwarenfabrik, Nümmen-Gräfrath bei Solingen No. 506.

Ganz umsonst und portofrei

kann sich jeder von uns für entsprechenden Wert Waren erwerben. Man verlange neuesten Pracht katalog mit 3500 Abbildungen nebst näherer Angabe ebenfalls gratis und franko (ohne Kaufzwang). Derselbe enth. grosse Auswahl in Herrenketten, ferner grosse Auswahl in



Gebrüder Bell, Gräfrath
 bei Solingen.
 Aeltestes Fabrikverandhaus am Platze.
 Gegründet 1876.

Damen- und Herrenketten, Broschen, Ringe, Taschenuhr., Regulateure, Wecker, Portemonnaies, Pfeifen, Spazierstöcke, Fernrohre, Feldstecher, Schnus- u. Stichwaffen, Wagen, Sensen, Reben- od. Gartenzcheren, Gärtnermesser, Brot-, Schlacht-, Gemü-, Hack- u. Wiegemesser, Taschenmesser, Rasiermesser, Tafelmesser u. Gabeln, Damen-, Haar- u. Schneidmesser, Haarmaschinen, Rasierentziffern, Musikinstrumente, Schmuck- u. Haushaltsartikel, Kinderspielwaren u. Christbaum schmuck etc. Gleichseitig offerieren wir, damit sich Jeder von der Güte u. Qualität unserer Waren überzeugen kann, franko prima Nickel-Uhrkette No. 655 wie Zeichnung ca. 29 cm lang, mit Kompass u. Schieber u. 2 Quasten-Anhängern für nur Mark 2.-, 14 Tage zur Ansicht. Besteller verpflichtet sich, den Betrag in angegebener Probezeit einzusenden od. die Uhrkette zu retournieren. — Mehr wie 1 Stück nur gegen Nachnahme. Bitten genau auf unsere Firma zu achten. Katalog enthält Neuheiten in Handwerkerketten.



Quittungs-Marken u. Kautschuk-Stempel

für Krankenkassen und Vereine zum quittieren der Beiträge.
 Gegründet 1879
Rollen-Billets fortlaufende Nummern.
 Preislisten verfordere umsonst.

Jean Holze Hamburg
 Drehbahn 15.

Allgemeiner Bau-, Spar- und Wohnungsverein „Solidarität“,
 G. G. m. b. H.

Anmeldungen, Mitgliederaufnahmen, Auskunft in der Geschäftsstelle
 Berlin W. 57, Wilowstr. 21.

Eine Gewissensfrage: Bist Du schon Mitglied des Gemeindearbeiter-Verbandes? Hast Du Deine Mitarbeiter schon zum Beitritt aufgefordert? Wenn nicht, so hole das Verfümte nach und verbreite unsere Verbandschriften!

Verlag: In Vertretung des Verbandes der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter Angestellten Bruno Foerich, Verantwortlicher Redakteur: G. Bürger, beide Berlin W. 57, Bülowstr. 21. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Zinger & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 68